



GESUNDHEITSSYSTEM SPRACHGESETZ

- | | | |
|------------------------------------------------------------------------|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Die Reform des Gesundheitswesens in der Ukraine – eine Herausforderung | | 2 |
| Von Erica Richardson, London | | |
| ■ GRAFIKEN ZUM TEXT | | |
| Gesundheitssystem: Versorgung und Kosten | | 6 |
| Umfrage zum Gesundheitssystem | | 9 |
| <hr/> | | |
| ■ ANALYSE | | |
| Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang. | | |
| Zur aktuellen Sprachgesetzgebung in der Ukraine | | 11 |
| Von Matthias Guttke, Hartmut Rank, Lwiw | | |
| ■ GRAFIKEN ZUM TEXT | | |
| Umfragen zur Sprache | | 15 |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| Vom 13. Juni bis 11. September 2012 | | 19 |



Die Reform des Gesundheitswesens in der Ukraine – eine Herausforderung

Von Erica Richardson, London

Zusammenfassung

Seit der Unabhängigkeit von 1991 wurde das ukrainische Gesundheitssystem einer grundlegenden Dezentralisierung unterzogen, bei der den subregionalen Regierungen Verantwortung für die Organisation und Finanzierung der lokalen medizinischen Versorgung übertragen wurde. Allerdings blieben die Finanzierungsmechanismen stark im Sowjetmodell der zentralen Planung und Verteilung verhaftet, wo für die Mittelzuteilung hohe Produktionsfaktoren Priorität haben, z. B. die Anzahl der Krankenhausbetten in einer Einrichtung. Dies macht das System ineffizient und die chronische Unterfinanzierung des Gesundheitssektors bedeutet, dass die beschränkten Ressourcen nicht effektiv genutzt werden. Die mangelhafte Finanzierung wird durch direkte formelle und informelle Zahlungen von Patienten und deren Familien kompensiert. Mittlerweile machen diese 43,4% der gesamten Gesundheitsausgaben in der Ukraine aus und stellen ein großes Gerechtigkeitsproblem dar. Das sowjetische Modell der Gesundheitsversorgung ist darüber hinaus eher auf Infektionskrankheiten fokussiert als auf nicht-übertragbare und chronische Krankheiten, die heute jedoch entscheidend sind für die Gesundheit der Gesamtbevölkerung. Das System hat sich als nicht flexibel genug erwiesen, um den veränderten Bedürfnissen der Bevölkerung im Gesundheitsbereich gerecht zu werden. Der Reformbedarf ist offensichtlich, aber der Mangel an politischem Willen und einem Reformkonsens hat dazu geführt, dass zwar seit der Unabhängigkeit über grundlegende Reformen debattiert wird, die Umsetzung aber bisher nur stockend vorankommt.

Einführung

Das ukrainische Gesundheitssystem wurde seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion nicht mehr grundlegend reformiert, wenngleich seither weitreichende Reformen diskutiert wurden. Mit jedem Regierungswechsel sollte neuer Schwung in den Reformprozess kommen, aber letzten Endes blieben doch jeweils nur ein Stapel Papier mit Plänen und Programmen übrig. Im folgenden Beitrag wird der Reformbedarf in Bezug auf die sich ändernden Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung beschrieben sowie in Bezug auf die wachsende Ungleichheit bei der Finanzierung des Gesundheitssystems und deren möglicher katastrophaler Auswirkungen auf die Haushalte. Die zugrundeliegenden politischen Faktoren, die die Reformen immer wieder gebremst haben, werden im Anschluss diskutiert. Der Beitrag endet mit einer Einschätzung der Möglichkeiten für eine Reform in naher Zukunft.

Organisation und Finanzierung

Das ukrainische Gesundheitssystem hat die 1991 ererbten grundlegenden Kennzeichen des sowjetischen Gesundheitssystems beibehalten. Dementsprechend sind Steuergelder die wichtigste Finanzierungsquelle und die Mittel werden je nach Größe der medizinischen Einrichtung verteilt (größer heißt hier immer noch »besser«). Die meisten medizinischen Einrichtungen gehören dem Staat und werden von ihm finanziert. Das ukrainische Gesundheitssystem ist deshalb ein nahezu zentral geplantes System, das mit den sozio-ökonomischen Veränderungen, die sich entsprechend der marktwirtschaft-

lichen Prinzipien entwickelt haben, nicht im Einklang steht. Die gesamte Organisation des Gesundheitssystems hingegen hat sich stärker verändert als die Finanzierungsmechanismen, da hier eine starke Dezentralisierung stattgefunden hat. Das System ist heute komplex und vielschichtig, Verantwortung wird zwischen der zentralen staatlichen und den 27 regionalen Verwaltungen sowie den vielzähligen Verwaltungsorganen auf Stadt-, Bezirks- und kommunaler Ebene aufgeteilt. Das System wird von den Gesundheitsbehörden auf regionaler Ebene organisiert, die im Bereich Finanzen und Management unabhängig sind, funktional aber dem nationalen Gesundheitsministerium unterstehen. Die Gesundheitseinrichtungen selbst werden demzufolge auf lokaler Ebene »besessen«, finanziert und gemanagt. Die Abgabe der grundsätzlichen Budgetverantwortung an Regional- und Bezirksräte im Jahr 1997 ging allerdings nicht mit einer erheblichen Umschichtung der Ressourcen zwischen reicheren und ärmeren Territorien einher. Dies führte zu geographischen Ungleichheiten, die erst 2002 in den Blick genommen wurden, als mit dem regionalen Finanztransfer ein Ausgleich der Differenzen in den Budgetkapazitäten der einzelnen Gebiete ermöglicht wurde.

Primärversorgung

Die sowjetische Tradition bedeutete auch, dass Erfolg eher an der Quantität als an der Qualität gemessen wurde. Die Technologie war veraltet und das System als Ganzes war und blieb höchst ineffizient in der Art und Weise, wie es Ressourcen verteilte und verbrauchte.

Als die Grundlagen des sowjetischen Gesundheitssystems nach Revolution und Krieg gelegt wurden, lag der Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Infektionskrankheiten: Tuberkulose, Syphilis, Pocken und Cholera waren ernstzunehmende Herausforderungen für die Bolschewiki im Gesundheitsbereich. Die Sowjetunion konnte riesige Erfolge bei der Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung verzeichnen und auch die Lebenserwartung (bei Geburt) stieg rasant an als die Infektionskrankheiten unter Kontrolle gebracht worden waren und beinahe auf westeuropäisches Niveau gesenkt werden konnten. Allerdings war das System nicht gut gerüstet für die neuen Hauptursachen von Tod und Krankheit – nicht-übertragbare Krankheiten wie Herzkrankungen, Gehirnschlag, Diabetes und Krebs. Das Gesundheitssystem, wie auch bestimmte Wirtschaftsbereiche, war nicht flexibel genug und konnte den neuen Krankheitsmustern und den veränderten Bedürfnissen der Patienten nicht gerecht werden. Chronische Krankheiten wie Bluthochdruck (wichtiger Risikofaktor bei Herzkrankungen) erfordern gerade eine gut organisierte und geplante Behandlung und nicht nur eine »episodische«, wie sie im Krankenhaus angeboten wird. Aus diesem Grund hätte sich das Gesundheitssystem umorientieren und seinen Fokus auf eine Primärversorgung abseits der sowjetischen Krankenhausversorgung legen müssen. Die Primärversorgung sollte den ersten Kontakt mit dem Gesundheitssystem darstellen und den Zugang zu einer breiten Palette an ambulanten Gesundheitsdienstleistungen ermöglichen sowie die Überweisung an Spezialisten. Lange Zeit blieb das Gesundheitswesen auch eng auf die Kontrolle von Infektionskrankheiten fokussiert und gleichzeitig war die Thematisierung solcher Themen wie »Gesundheitsschädigung durch Rauchen« in der Gesundheitspolitik sowie der Gesundheitsbildung unterentwickelt. Im Ergebnis stagnierte die Lebenserwartung in der Ukraine während sie im Westen kontinuierlich anstieg (s. Grafik 1). Wie auch in Russland waren die Schwankungen bei der Lebenserwartung von Männern in den 1980er Jahren höchstwahrscheinlich das Ergebnis von Gorbatschows Anti-Alkohol-Kampagne, die zumindest zu Beginn sehr erfolgreich war bei der Eindämmung des Alkoholkonsums.

Reform des Finanzierungssystems

Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zu einer neuen Finanzsituation und das umfangreiche Gesundheitssystem, das die Ukraine erbt, wurde untragbar. Die vorrangige Bedeutung der stationären Versorgung hatte ein System mit enormen Kapazitäten geschaffen, welche in einer Marktwirtschaft, ohne die massive Subventionierung der Betriebskosten (Heizung, Licht usw.), aber nur sehr schwer aufrechtzuerhalten sind. Der Res-

sourcendruck bedeutete, dass es sich die ukrainischen Regierungen immer weniger leisten konnten (oder wollten), ausreichend Ressourcen an das Gesundheitssystem zu verteilen, das demzufolge chronisch unterfinanziert war und ist. Es müssten entscheidende Effizienzgewinne durch Rationalisierung im Krankenhausbestand sowie durch die intensivere Nutzung der ambulanten statt der stationären Versorgung erzielt werden. Dafür wären allerdings schwerwiegende politische Entscheidungen nötig. Wenn die Leistung des Systems grundsätzlich verbessert werden soll, wird es unter diesen Umständen nicht reichen, einfach mehr Gelder zu verteilen.

»Vermeidbare Sterbefälle«

Die Ukraine weist eine hohe Rate für »vermeidbare Sterbefälle« auf. Die vermeidbare Sterblichkeit ist ein Indikator für verfrühte Tode, die hätten verhindert werden können, wenn rechtzeitig Zugang zu effektiver medizinischer Versorgung von angemessener Qualität bestanden hätte. Demzufolge bezieht sich dieser Indikator nicht auf hochtechnologische oder hoch komplexe Eingriffe wie z. B. in der Transplantationschirurgie, sondern vielmehr auf grundlegende Angebote, die ein hinlängliches Gesundheitssystem zur Verfügung stellen können sollte, z. B. eine angemessene Insulinversorgung für Menschen mit Diabetes, ein adäquates Screening-Programm zur Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs, ein chirurgischer Eingriff bei einer akuten Blinddarmentzündung usw. Es handelt sich also nicht um einen Indikator, der misst, ob ein Gesundheitssystem perfekt ist, sondern um einen, der die Stärken und Schwächen solch eines Systems hervortreten lässt. Forschungen aus dem Jahr 2004 zur Sterblichkeit in der Ukraine haben gezeigt, dass beinahe die Hälfte (48 %) aller Tode vor dem 75. Lebensjahr vermeidbar gewesen wären. Im arbeitsfähigen Alter (25–64 Jahre) seien sogar 80 % der Tode unter Männern und 30 % der Tode unter Frauen vermeidbar gewesen. Die absolute und die vermeidbare Sterblichkeit haben sich in der Ukraine seit 2005 nicht wesentlich verbessert. Das bedeutet, dass es hier entweder Probleme mit der Qualität der Versorgung oder mit den Zugangsmöglichkeiten gibt – oder mit beidem.

Zahlungen aus eigener Tasche

Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist ein sehr reales Problem in der Ukraine – das ist keine Frage der örtlichen Erreichbarkeit, sondern der finanziellen Möglichkeiten. Die chronische Unterfinanzierung des extensiven sowjetischen Gesundheitssystems hat zu einer Finanzierungslücke seitens der lokalen und nationalen Haushalte geführt. Die große Kluft zwischen bereitgestellten und benötigten Geldern wurde bisher durch Zahlungen der Patienten aus eigener Tasche überbrückt. Dazu zäh-

len alle direkten Zahlungen von Patienten für Waren und Dienstleistungen während ihrer Behandlung. Dabei kann es sich um formale Gebühren handeln, die von Regierungen oder Krankenhäusern entsprechend einer festgelegten Gebührenliste oder des ermittelten Marktwertes erhoben werden, oder es kann sich um informelle Zahlungen handeln, die vom medizinischen Personal oder den medizinischen Einrichtungen für Waren und Dienstleistungen erhoben werden, die eigentlich von den gesetzlichen Unterstützungsleistungen oder von der Krankenversicherung schon abgedeckt sind. Die Zahlungen aus eigener Tasche sind höchst regressiv und können den Zugang zu ärztlicher Versorgung ernsthaft behindern. Insbesondere gilt dies für ärmere Haushalte, in denen die Menschen einen Arztbesuch immer wieder verschieben, weil sie ihn sich nicht leisten können. Eine multinationale Studie hat gezeigt, dass sich der Zugang zu ärztlicher Versorgung in den Jahren 2001 bis 2010 in Armenien, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien und Russland verbessert hat oder gleich geblieben ist. Nur in der Ukraine hat er sich verschlechtert.

Diese privaten Zahlungen sind heute in der Ukraine die größte Herausforderung für die Herstellung von Gerechtigkeit bei der Finanzierung des Gesundheitssystems. Der Großteil der Bevölkerung, arm und reich, zahlt Arzneimittel während der ambulanten und der stationären Behandlung voll aus eigener Tasche. Unkontrolliert und chaotisch steigen die Zahlungen immer weiter an, ohne jeden Versuch der Regierung, die negativen Folgen für die Bevölkerung abzumildern. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung können katastrophale Folgen haben und Menschen in die Armut treiben. Die Notwendigkeit, dieser Ungerechtigkeit Herr zu werden, bestand auch schon bevor die Finanzkrise die Preise für Medikamente rasch angestiegen ließ (s. Grafik 2). Die hohen Preise für diese Produkte stellen insbesondere für Menschen mit chronischen Krankheiten wie Bluthochdruck, für die sie stetige und oft lebenslange Medikation benötigen, eine extreme Belastung dar.

Reformunwille

Bisher gab es zwar einige Änderungen im ukrainischen Gesundheitssystem, aber diese waren nie Teil eines konsistenten Programms oder einer ebensolchen Reform. Auf dem Papier sind bereits neue Finanzierungsmodelle eingeführt worden, das Gesundheitssystem insgesamt ist zu Lasten der stationären Versorgung auf die Erstversorgung ausgerichtet worden, Krankenhäuser sind rationalisiert worden usw. In der Praxis allerdings gab es große Hürden bei der Umsetzung dieser Vorhaben und einen Mangel an entsprechendem politischen Willen. Die jetzige Regierung hat die Pläne zu einer umfassenden Reform des Gesundheitssystems wiederbelebt

und steht darüber hinaus unter großem Druck von Seiten des IWF, die Sozialausgaben effizienter zu gestalten. Darin liegt eine große Chance für eine Reform – konkrete Schritte im Reformprozess sind aber noch nicht erkennbar. Der Mangel an politischem Konsens in der Ukraine hat Probleme in vielen Bereichen verursacht, nicht nur im Bereich Gesundheit. Hier aber ist dieses Problem zusätzlich eng verknüpft mit mangelndem politischen Willen, die Probleme im System tatsächlich anzugehen. Entgegen der großen Worte bleibt das Thema Gesundheit de facto eine Frage von geringerer politischer Relevanz.

Zu den immer wieder diskutierten Problemen seit der Unabhängigkeit gehört insbesondere die Frage, ob in der Ukraine eine obligatorische Krankenversicherung eingeführt werden soll oder nicht. Gerade in letzter Zeit haben sich die Versicherungsgesellschaften für eine Einführung stark gemacht. Es gibt jedoch viele Möglichkeiten so eine Zwangsversicherung zu gestalten, abhängig von den Anforderungen des Gesamtsystems und den Zielen des Reformprogramms. Wesentlich wäre z. B. eine Entscheidung zwischen der Zulassung von mehreren konkurrierenden privaten Versicherungsfonds und einem einzigen nicht-kommerziellen Fonds. Wie in den meisten anderen Ländern Europas gibt es in der Ukraine wenige Politiker, die etwas vom Gesundheitssystem verstehen, und sie gehen die Reformen oft von einer ideologischen Perspektive an, statt den speziellen nationalen Kontext ins Zentrum ihrer Überlegungen zu setzen. Dieser Mangel an Kompetenz ist in der Ukraine genau so ein Problem wie andernorts in Europa. Weiterhin hat die große Fluktuation an Mitarbeitern im Gesundheitsministerium dazu beigetragen, verschiedene Initiativen zur Gesundheitsreform auszubremsen: In der Ukraine wechselte der Gesundheitsminister vierzehn Mal seit 1994 und vier Mal seit Anfang 2010. Darüber hinaus müsste wohl die ukrainische Verfassung geändert werden, um all die Reformen gesetzlich zu verfügen, die nötig wären, um die Primärversorgung zu stärken und die Krankenhäuser zu rationalisieren. Die Bürger der Ukraine haben das verfassungsmäßige Recht auf Zugang zu ärztlicher Versorgung in staatlichen Gesundheitseinrichtungen, in der Theorie auch ohne Beschränkungen – Überweisungen von einem Erstversorgungsarzt zu einem Spezialisten sind im Prinzip nicht erforderlich. Es ist auch nicht verfassungskonform ein Krankenhaus oder eine andere staatliche Gesundheitseinrichtung zu schließen. Solche Verfassungsbarrieren sind zwar nicht unüberwindbar, aber sie können nur mit viel Zeit und einem starken politischen Handlungswillen genommen werden.

Im Jahr 2010 schätzte die Weltgesundheitsorganisation die absoluten Ausgaben für Gesundheit in der

Ukraine auf 7,7% des BIP. Das entspricht ungefähr 84.500 Mio. Hrywnja (10.645 Mio. US-Dollar) – wobei 56,6% davon aus dem Staatshaushalt finanziert wurden und 43,4% direkt aus den Haushalten (s. Grafik 3). Es ist anzunehmen, dass einige Anbieter von medizinischer Versorgung von diesem Status quo profitieren, und es ist wahrscheinlich, dass sie einige Mühe darauf verwenden werden, den Reformprozess, der die existierenden Finanzströme unterbrechen würde, zu bremsen. Angesichts der erheblichen Einnahmen, die über das Gesundheitssystem erwirtschaftet werden können, gibt es auch andere Interessengruppen, die sich vehement für bestimmte Reformziele einsetzen, um Zugang zu neuen Märkten zu erhalten, z. B. die Versicherungswirtschaft mit ihrem Wunsch nach einer Pflichtversicherung.

Eine Faktorenkonstellation, die Gesundheitsreformen in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion

möglich gemacht hat, ist in der Ukraine nicht in Sicht. Stattdessen gehen die Diskussionen über umfassende Reformen bei der Organisation und Finanzierung des Gesundheitssystems weiter und es ist Konsens, dass solch weitreichende Reformen nicht über Nacht umgesetzt werden können. Die weltweite Finanzkrise hatte zwar einerseits einen negativen Einfluss auf die Möglichkeiten der Regierung, überhaupt Änderungen vorzunehmen, andererseits hat die Wirkung der Finanzkrise auf den Zugang der Bevölkerung zu ärztlicher Versorgung (insbesondere Medikamente) die Ineffizienz und Ungerechtigkeit des derzeitigen Systems klar zu Tage gebracht. Möglicherweise wird hierin der Anstoß zu Reformen liegen.

Übersetzt aus dem Englischen von Judith Janiszewski

Über die Autorin:

Dr. Erica Richardson ist Senior Researcher am European Observatory on Health Systems and Policies an der London School of Hygiene and Tropical Medicine (LSHTM); des Weiteren arbeitet sie am **Centre for Russian and East European Studies** an der University of Birmingham, UK. Sie erstellt regelmäßig ein Monitoring der Gesundheitssysteme in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und gibt Berichte zu den Gesundheitssystemen im Wandel für viele Länder dieser Region heraus. Ihre Forschungsinteressen sind die Entwicklung der Gesundheitssysteme, Gesundheitspolitik und Gesundheitsbildung in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie Gerechtigkeitsfragen im post-sowjetischen Raum.

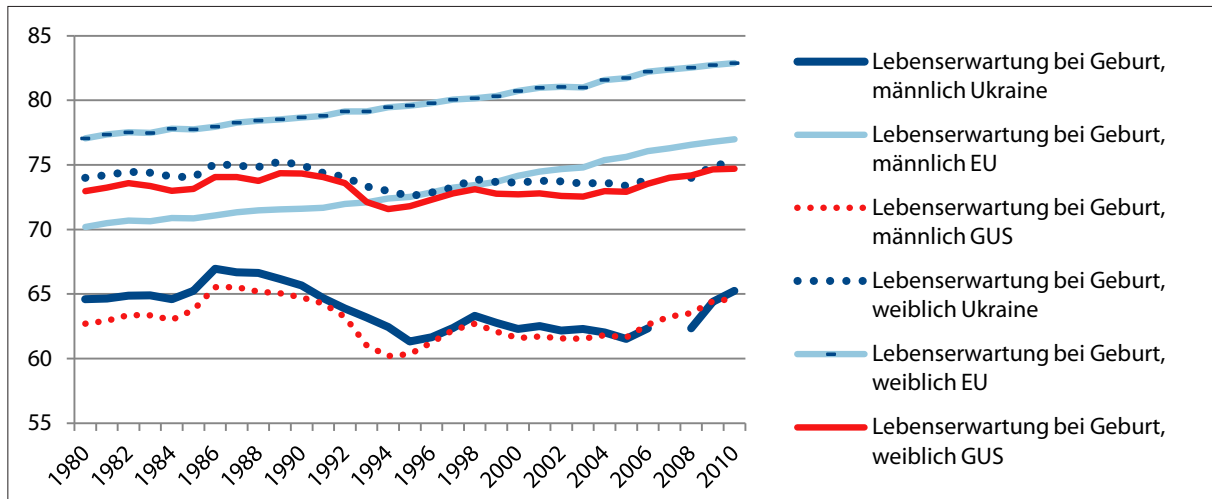
Lesetipps:

- Valery Lekhan, Volodymyr Rudyi, Erica Richardson: Ukraine Health System Review, Health Systems in Transition, Jg. 12 (2010), Nr. 8, http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0010/140599/e94973.pdf
- Rekha Menon, Emre Ozaltin, Svitlana Poniakina, Bianca Frogner & Igor Oliynyk: An Avoidable Tragedy: Combating Ukraine's Health Crisis, World Bank: Washington DC, 2009, <http://siteresources.worldbank.org/INTUKRAINE/147271-1089983407712/22234568/DemografiaEngl.pdf>

GRAFIKEN ZUM TEXT

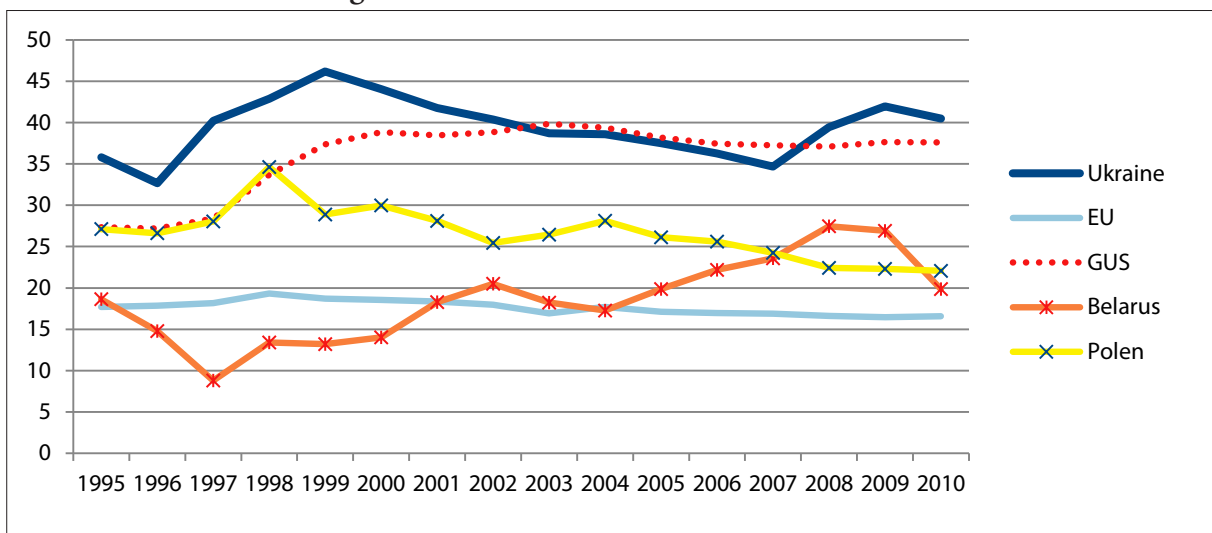
Gesundheitssystem: Versorgung und Kosten

Grafik 1: Lebenserwartung im internationalen Vergleich



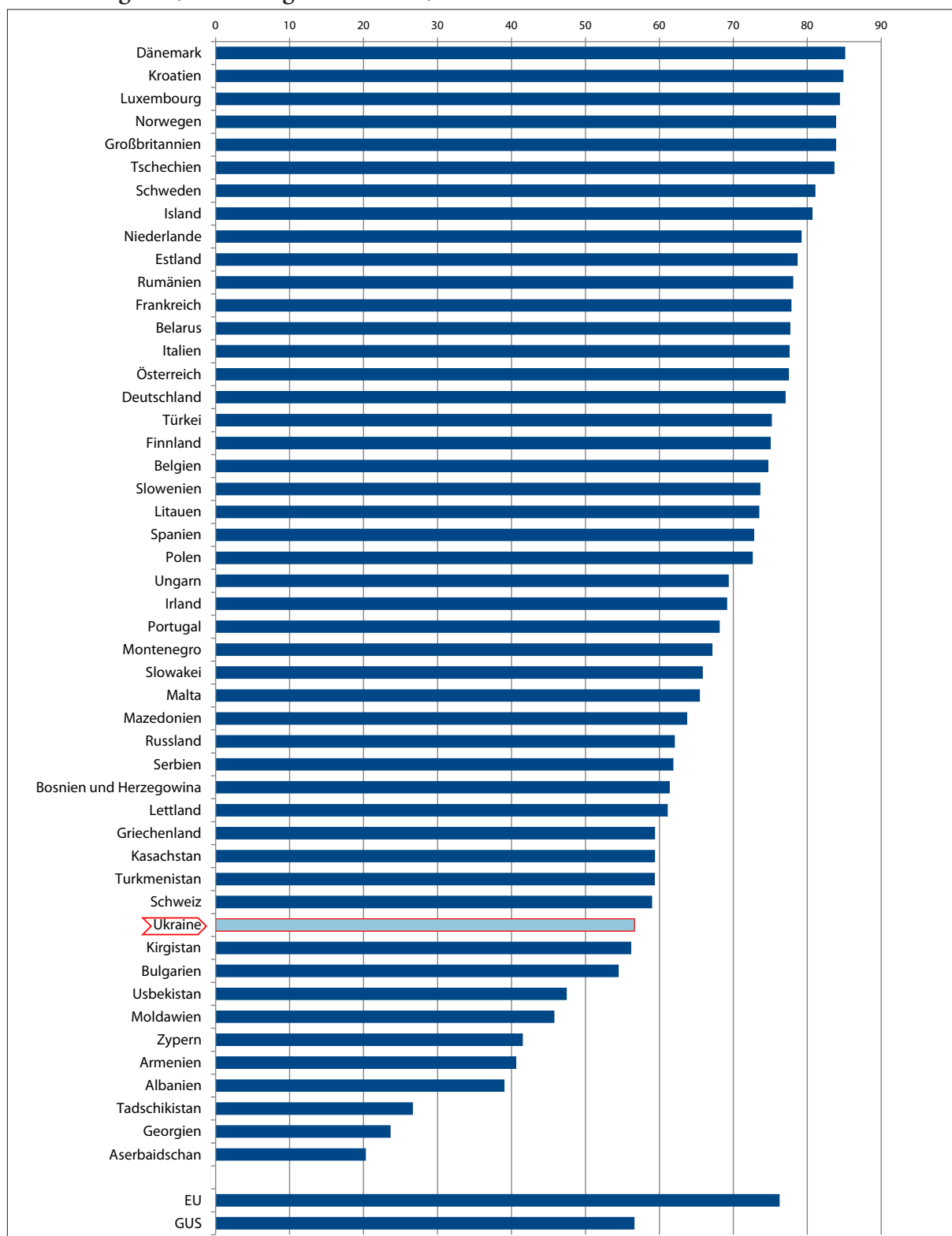
Quelle: WHO Regional Office for Europe, Health for All Database [HFADB], <http://data.euro.who.int/hfad/>

Grafik 2: Gesundheitsausgaben privater Haushalte aus eigener Tasche in % der gesamten Gesundheitsausgaben



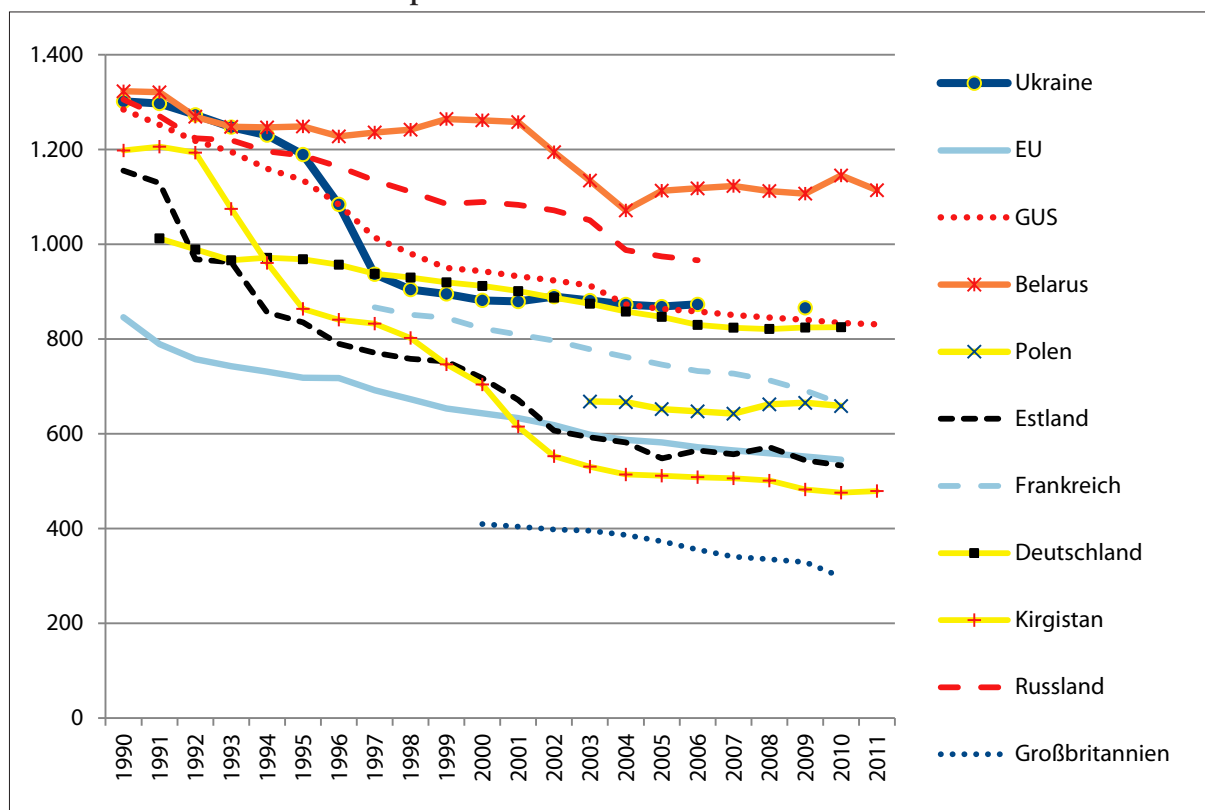
Quelle: WHO Regional Office for Europe, Health for All Database [HFADB], <http://data.euro.who.int/hfad/>

Grafik 3: Gesundheitsausgaben des öffentlichen Sektors in % der gesamten Gesundheitsausgaben, Schätzungen der WHO, 2010



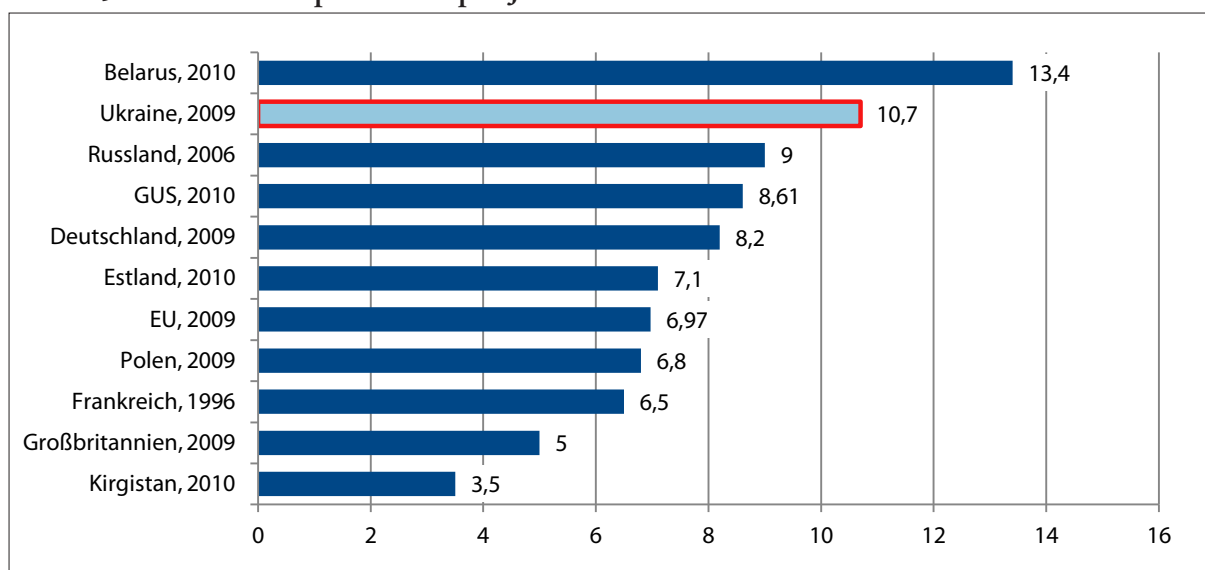
Quelle: WHO Regional Office for Europe, Health for All Database [HFADB], <http://data.euro.who.int/hfad/>

Grafik 4: Krankenhausbetten pro 100.000 Einwohner



Quelle: WHO Regional Office for Europe, Health for All Database [HFADB], <http://data.euro.who.int/hfad/>

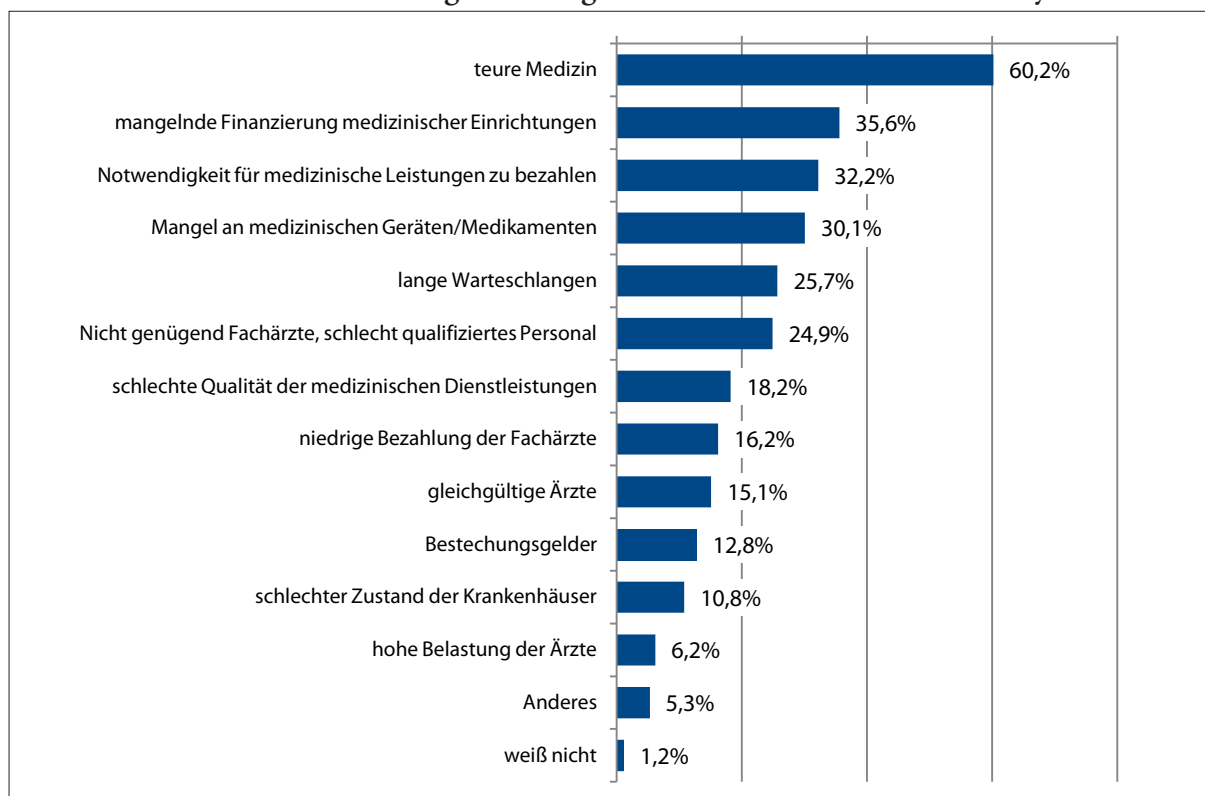
Grafik 5: Arztbesuche pro Person pro Jahr



Quelle: WHO Regional Office for Europe, Health for All Database [HFADB], <http://data.euro.who.int/hfad/>

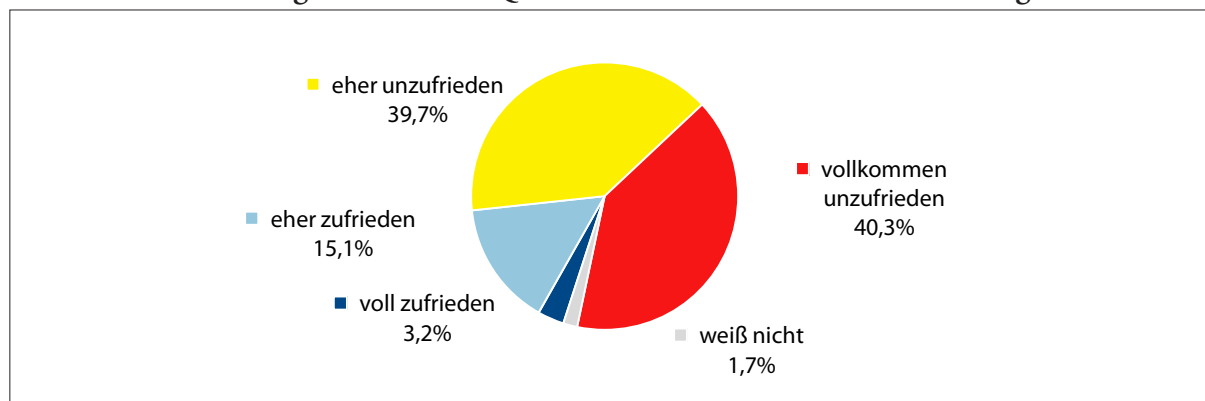
Umfrage zum Gesundheitssystem

Grafik 1: Was sind ihrer Meinung nach die größten Probleme des Gesundheitssystems?

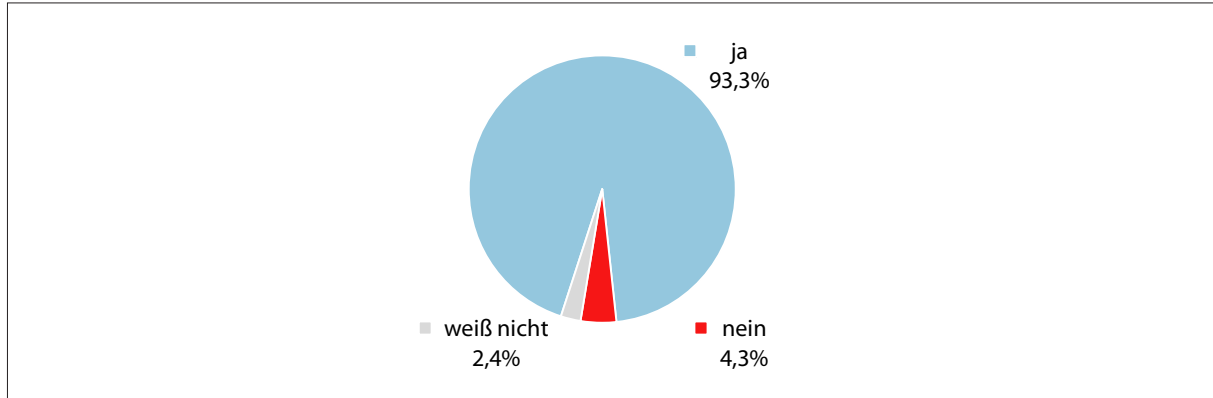


Quelle: repräsentative Umfrage des Gorshenin Institute vom 5. bis 7.9.2011,
http://institute.gorshenin.ua/researches/89_meditsina_v_ukraine.html

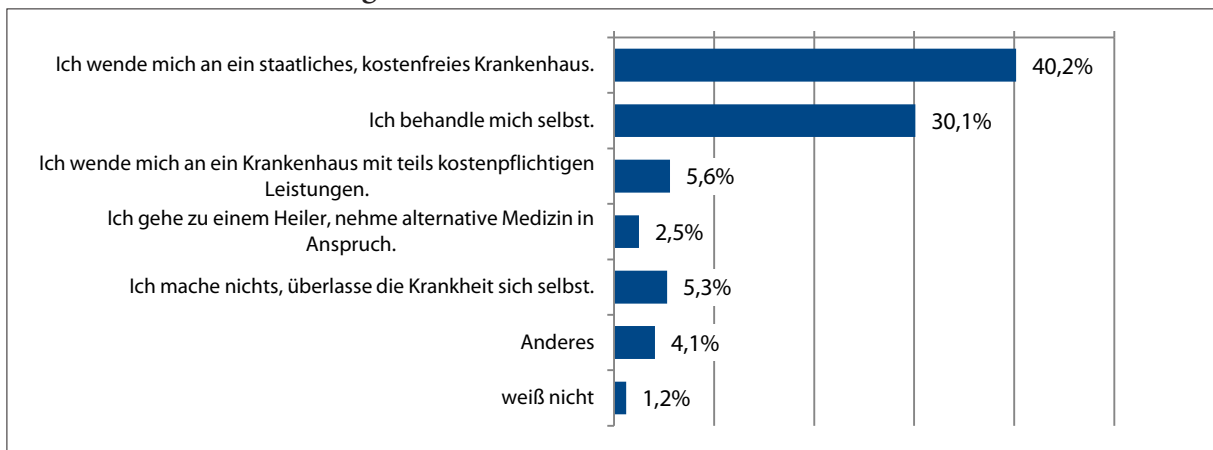
Grafik 2: Sind sie insgesamt mit der Qualität der medizinischen Dienstleistungen zufrieden?



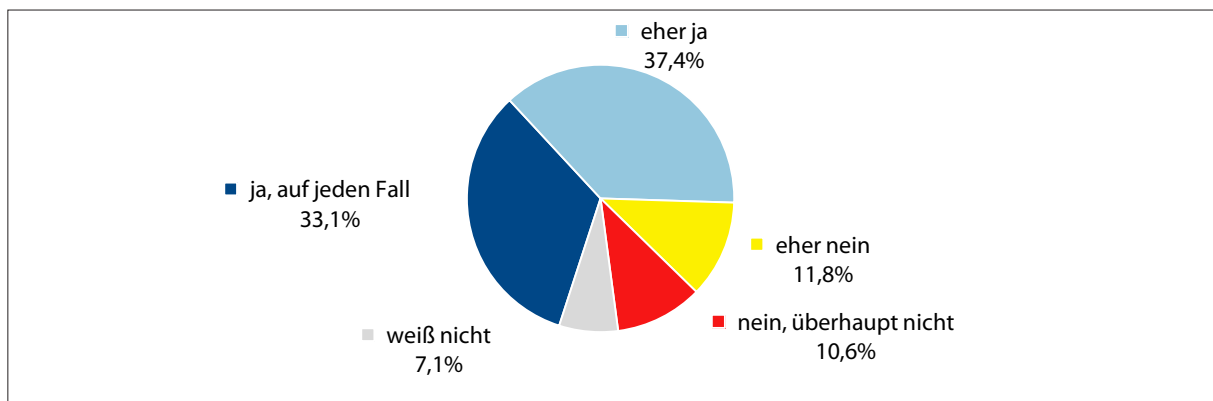
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorshenin Institute vom 5. bis 7.9.2011,
http://institute.gorshenin.ua/researches/89_meditsina_v_ukraine.html

Grafik 3: Denken Sie, dass eine Reform des ukrainischen Gesundheitssystems nötig ist?

Quelle: repräsentative Umfrage des Gorshenin Institute vom 5. bis 7.9.2011,
http://institute.gorshenin.ua/researches/89_meditsina_v_ukraine.html

Grafik 4: Was machen Sie gewöhnlich zuerst, wenn Sie krank werden?

Quelle: repräsentative Umfrage des Gorshenin Institute vom 5. bis 7.9.2011,
http://institute.gorshenin.ua/researches/89_meditsina_v_ukraine.html

Grafik 5: Stellt der Kauf von teuren Medikamenten für ihre Familie ein Problem dar?

Quelle: repräsentative Umfrage des Gorshenin Institute vom 5. bis 7.9.2011,
http://institute.gorshenin.ua/researches/89_meditsina_v_ukraine.html

Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang. Zur aktuellen Sprachgesetzgebung in der Ukraine

Von Matthias Guttker, Hartmut Rank, Lwiw

Zusammenfassung

Am 10. August 2012 ist in der Ukraine das Gesetz »Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik« in Kraft getreten. Nur wenige Monate vor den Parlamentswahlen am 28. Oktober 2012 nimmt die Sprachenfrage im politischen Diskurs viel Raum ein und lenkt von drängenden Problemen des Landes ab. Sowohl die Opposition als auch die Regierungsparteien inszenieren und instrumentalisieren den Sprachkonflikt, um auf dem ideologischen Feld Wähler zu mobilisieren. Während erstere fürchten, dass der gesetzliche Schutz von Minderheiten- und Regionalsprachen v. a. auf eine Aufwertung des Russischen zielt und sich nachteilig auf die offizielle Staatssprache Ukrainisch auswirkt, verweisen die Initiatoren des Gesetzes, Abgeordnete der Partei der Regionen, auf die Umsetzung der Europäischen Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen. Es bleibt jedoch die Frage, wie gut die Charta zur Realität der Sprachlandschaft in der Ukraine insgesamt passt.

Einleitung

Der Präpositionsgebrauch in »w Ukrajini« (ukrainisch für »in der Ukraine«) und »na Ukraine« (russisch für »in der Ukraine«) signalisiert nach Ansicht einiger ukrainischer Sprachwissenschaftler, allen voran Iwan Ohijenko, bereits die politische Dimension der Sprachenfrage bzw. die sich hier in der Grammatik manifestierende geschichtlich-kulturelle Seite von Sprache. Während die Präposition »w« im Ukrainischen hiernach auf ein klar umrissenes Territorium mit eigenständiger Geschichte, Kultur und Staatlichkeit referiert, vermittelt die Verwendung von »na« im Russischen (oder auch »na« im Polnischen) die Vorstellung, es handle sich im Falle der Ukraine um einen benachbarten Teil bzw. um eine abhängige Provinz einer anderen Einheit, was ja, abgesehen von dem Intermezzo von 1918/19, bis zum 24. August 1991 auch der Fall gewesen ist.

Vor dem Hintergrund vieler politisch motivierter Unterdrückungs-, Verbots- und Diskreditierungsmaßnahmen des Ukrainischen v. a. während des Zarismus und der Sowjet-Zeit läge nach der Unabhängigkeit der Ukraine eine staatlich verordnete, einseitige Ukrainisierungspolitik nahe. Solch eine Politik ist jedoch mit Blick auf die Rechte russischsprachiger Mitbürger sowie anderer Minderheiten bisher in keiner Phase betrieben worden. Stattdessen war man angesichts der realen Sprachsituation um Ausgleich bemüht. So betrachteten nach der Volkszählung aus dem Jahre 2001 67,5 % der Bevölkerung Ukrainisch und 29,6 % Russisch als ihre Muttersprache. Ein etwas abweichendes Ergebnis zeigt die Untersuchung des Rasumkov-Zentrums. Dieser Erhebung vom Oktober 2008 nach verwendeten 43,7 % Ukrainisch, 26 % Russisch und 28,7 % sowohl Ukrainisch als auch Russisch als Muttersprachen (www.uceps.org).

Obwohl sich eine wirkliche Benachteiligung des Russischen seit 1991 nicht nachweisen lässt, instrumentalisieren konkurrierende politische Kräfte die Sprachenfrage, die politisch stark aufgeladen bzw. strapaziert wird und Konfliktpotential birgt, immer wieder für ihre eigenen Ziele, insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes. So trat bereits 1994 Leonid Kutschma gegen den vorsichtig und rücksichtsvoll agierenden Ukrainisch-Förderer Leonid Krawtschuk mit dem Wahlversprechen an, Russisch als zweite Staatssprache einzuführen. Tatsächlich aber setzte Kutschma während seiner Präsidentschaft im Bereich der Sprachpolitik in punkto einseitiger Sprachförderung keine nennenswerten Akzente. Schließlich vertrat auch er das Konzept einer zweisprachigen Ukraine.

Dies änderte sich jedoch mit der Orangen Revolution. Wiktor Juschtschenko unterstrich in stärkerem Maße die Rolle der ukrainischen Sprache für die nationale Identität und betrieb eine administrativ durchgesetzte Ukrainisierungspolitik unter Wahrung der Minderheitenrechte mit dem Ziel, den russophonen Teil der ukrainischen Bevölkerung stärker in die ukrainische Gesellschaft zu integrieren. Doch indem er dann im Januar 2006 das Rundfunk- und Fernsehgesetz unterzeichnete, das ausgewogene Quoten vorgab und die Untertitelung bzw. Synchronisation nicht-ukrainischer Filme vorschrieb und sein Bildungsminister Iwan Wakartschuk Ukrainisch als verbindliches (Prüfungs-) Fach an Schulen und Hochschulen landesweit durchsetzte, führte dies nicht zu einem Sprachwechsel, sondern zu einer politischen Konfrontation mit dem russophonen Bevölkerungsteil im Osten und Süden des Landes. Daher nahm der Sprachkonflikt auch im Präsidentschaftswahlkampf 2010 wieder viel Raum ein. Wiktor Janukowytsch versprach, Russisch als zweite

Staatssprache einzuführen. Da ihm aber im Parlament hierfür eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit fehlt, lässt er seit seinem Wahlsieg am 7. Februar 2010 die unter Juschtschenko eingeführten Förderungsmaßnahmen des Ukrainischen komplett zurücknehmen. Im Prozess der Identitäts- und Nationsbildung wird dem Faktor ukrainische Sprache seit diesem Zeitpunkt somit keine bedeutende Rolle mehr beigemessen.

Sprachkonflikt im Parlamentswahlkampf 2012

Am 10. August 2012 ist in der Ukraine das Gesetz »Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik« in Kraft getreten. Ukrainisch bleibt nach Art. 10 der ukrainischen Verfassung zwar weiterhin alleinige Staatssprache, einzelne Munizipalitäten sind nun aber berechtigt, Russisch und 17 weitere Minderheitensprachen (Belorussisch, Bulgarisch, Armenisch, Gagausisch, Jiddisch, Krimtatarisch, Moldawisch, Deutsch, Neugriechisch, Polnisch, Roma, Rumänisch, Slowakisch, Ungarisch, Russinisch, Karaimisch, Krimtschakisch) der Ukraine als staatlich anerkannte Regionalsprachen zuzulassen. Das neue Sprachgesetz rekurriert auf die in der Ukraine am 1. Januar 2006 in Kraft getretene Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen. Mit Verweis auf europäische Richtlinien wird Russisch in zahlreichen Regionen v. a. im Osten und Süden des Landes aufgewertet und als Minderheitensprache auch finanziell gefördert werden. Kenntnisse der Staatssprache werden für russischsprachige Ukrainer jener Regionen so gut wie obsolet. Denn in wesentlichen Bereichen des alltäglichen und öffentlichen Lebens darf die Regionalsprache verwendet werden. Sie steht auch unter besonderem Schutz. Da die Gesetzesinitiatoren – die Abgeordneten der Regierungspartei Partei der Regionen Serhij Kiwalow (2004 hatte er bei den Präsidentschaftswahlen die unrühmliche Rolle der Leitung der Zentralen Wahlkommission inne) und Wadym Kolesnitschenko – in erster Linie auf eine Privilegierung des Russischen zielen, bedeutet dies konkret, dass z. B. an Schulen Russisch besonders gefördert wird, dass wissenschaftliche Arbeiten auf Russisch verteidigt werden dürfen, dass die Behördenkommunikation auf Russisch erfolgen darf etc. Ob auch das Rumänische in der Bukowina oder das Ungarische in den Transkarpaten von dem neuen Sprachgesetz profitieren, bleibt abzuwarten und weiter zu beobachten. Kurz nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurde auf der Grundlage der Volkszählung aus dem Jahre 2001 z. B. in Donezk am 16. August 2012, in Simferopol am 17. und in Cherson am 21. August im Sinne des Gesetzgebers bisher lediglich Russisch zur Regionalsprache erklärt. Darüber hinaus ist Ende August von einer vom Präsidenten ein-

gesetzten Arbeitsgruppe zum Sprachengesetz der Vorschlag eingebracht worden, den für die Anerkennung einer Sprache als Regionalsprache erforderlichen Anteil von wenigstens 10 % an Muttersprachlern in dem betreffenden Gebiet auf 30 % zu erhöhen. Die Anwendung des Gesetzes auf andere Minderheiten- bzw. Regionalsprachen als Russisch würde dadurch erheblich erschwert.

Die Partei der Regionen als erklärte Gegnerin einer Förderung des Ukrainischen erreicht somit ihre sprachpolitischen Zielsetzungen auch ohne Einführung einer zweiten Staatssprache in der Verfassung. Damit verschieben sich wenige Monate vor den Parlamentswahlen am 28. Oktober 2012 die Akzente im Sprachenkonflikt. Offenbar verfolgt die regierende Partei der Regionen unter Präsident Janukowytsch als Initiatorin des neuen Sprachengesetzes wieder einmal eine Strategie der Polarisierung innerhalb der Gesellschaft und der Zuspitzung des Konflikts mit dem Ziel, z. T. enttäuschte Stammwähler im Osten und Süden der Ukraine zu mobilisieren und von realen, von den Bürgern des Landes als relevant eingestuften Themen und Problemen abzulenken. Schließlich stellt nach einer Umfrage der Stiftung Demokratische Initiative vom 6. Juni 2012 der Status des Russischen auch für die Befragten im Osten der Ukraine ein äußerst geringes Problem dar. Mit lediglich 3,9 % auf der Prioritätenskala taucht die Sprachenfrage unter den am dringlichsten eingestuften Problemen des Landes weit abgeschlagen auf dem drittvorletzten 31. Platz auf (www.dif.org).

Dennoch eröffnet die Partei der Regionen mit diesem politischen Manöver den Parlamentswahlkampf in der Ukraine, indem ihr Vorsitzender, Janukowytsch, ein zentrales Wahlversprechen der Präsidentschaftswahlen vom 7. Februar 2010 erfüllt. Seiner mehrheitlich russischsprachigen Wählerschaft in den östlichen und südlichen Industriezentren des Landes gegenüber kündigte er im Falle eines Wahlsieges an, die durch die Orange Revolution unter Juschtschenko administrativ durchgesetzte und von vielen Janukowytsch-Anhängern als Bevormundung und Angriff auf ihr Identitätsbewusstsein empfundene Ukrainisierung von oben v. a. im Bereich der Medien und in Bildungseinrichtungen aufzuheben. Die wichtigsten Oppositionsparteien Vaterland, Front der Veränderung und UDAR reagieren auf das verabschiedete Sprachgesetz indes mit starken Protesten. Ihre vorwiegend ukrainischsprachige Wählerschaft der West- und Zentralukraine versuchen sie so wenigstens emotional und ideologisch zu erreichen. Denn inhaltlich kann auch die Opposition kaum Konzepte und Strategien zu drängenden Fragen wie z. B. der Armutsbekämpfung, der Inflation, der Rentenreform, der Korruption etc. anbieten. Und so dienen die konfrontativen Aufrufe ihres (nach rechtsstaatlich fragwür-

dig geführten Prozessen) derzeit inhaftierten Spitzenpersonals (Julija Tymoschenko, Jurij Luzenko, Heorhij Filiptschuk, Walerij Iwaschtschenko etc.) sowie die landesweit organisierten Protestformate auch hier als Mittel zum Zweck v. a. der Mobilisierung ihrer Anhänger bzw. der Stimmenmaximierung bei den Parlamentswahlen Ende Oktober.

Einzelheiten des neuen ukrainischen Sprachengesetzes

Das Gesetz »Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik« löst das noch aus der Sowjetzeit stammende »Gesetz der Ukrainischen Sowjetrepublik »Über die Sprachen« (vom 28.10.1989) ab. Nur skizziert sei an dieser Stelle die Vorgeschichte der Entstehung des neuen Gesetzes.

Bereits kurze Zeit nach der von Janukowytsch gewonnenen Präsidentschaftswahl, initiierten die Abgeordneten Oleksandr Jefremow (Partei der Regionen), Petro Symonenko (Kommunistische Partei) und Serhij Grynewezkyj (Lytwyn-Block) im September 2010 den Gesetzentwurf Nr. 1015-3 »Über die Sprachen in der Ukraine«. Diesem wurden in einem Gutachten der wissenschaftlichen Hauptabteilung des ukrainischen Parlaments zahlreiche Mängel nachgewiesen und er wurde nie auf die Tagesordnung gesetzt. Erwähnt werden soll hier lediglich der geplante Artikel 7 (Die Russische Sprache in der Ukraine. Ukrainisch-Russische Zweisprachigkeit), der im gesellschaftlichen Diskurs Kritik hervorrief. Darin hieß es u. a.: »Die ukrainisch-russische Zweisprachigkeit, die sich historisch ergeben hat, ist eine wichtige Errungenschaft des ukrainischen Volkes und eine kraftvolle Quelle der Konsolidierung der multinationalen ukrainischen Gesellschaft«.

Der im August 2011 im ukrainischen Parlament registrierte, von den Abgeordneten Kiwalow und Kolesnitschenko (beide Partei der Regionen) eingebrachte Gesetzentwurf Nr. 9073 enthielt die genannte Norm zur Zweisprachigkeit nicht mehr. Der Entwurf wurde im Februar 2012 auf die parlamentarische Tagesordnung gesetzt. Sowohl das zuständige Fachgremium, nämlich der Ausschuss für Kultur und Geistlichkeit, als auch die wissenschaftliche Hauptabteilung des Parlaments schlugen in ihren Gutachten vom Mai 2012 vor, das Gesetzesprojekt abzulehnen bzw. zunächst zu überarbeiten. Dessen ungeachtet wurde der Entwurf in erster Lesung mit einer Mehrheit von 234 Stimmen am 24. Mai 2012 angenommen, wobei es im Sitzungssaal zu Handgreiflichkeiten zwischen Befürwortern und Gegnern des Gesetzes kam. Am 3. Juli, kurz vor der Sommerpause des Parlaments, stimmte eine Mehrheit von 248 Abgeordneten auch in zweiter Lesung für den Entwurf. Nachdem der Parlamentspräsident Wolodymyr

Lytwyn am 6. Juli noch verkündet hatte, er werde das Gesetz nicht unterschreiben, tat er dies am 31. Juli doch. Präsident Janukowytsch unterzeichnete das Gesetz am 8. August und setzte gleichzeitig eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Vervollkommnung der Sprachengesetze in der Ukraine ein. Seit dem 10. August 2012 ist das Gesetz »Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik« in der Ukraine in Kraft.

In der von den beiden Gesetzesinitiatoren stammenden Begründung wird der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen breiter Raum gegeben. Dies ist der Sache nach nicht zu beanstanden: In der Ukraine ist die Charta im Jahr 2006 in Kraft getreten. In der bisher einzigen Empfehlung des Ministerkabinetts des Europarats zur Anwendung der Charta durch die Ukraine aus dem Jahre 2010 werden mehrere Punkte beanstandet, so die Regelungen zum Hochschulzugang für Sprecher von Minderheitensprachen oder die bestehenden Quoten im Hörfunk und Fernsehen. Diskutieren lässt sich jedoch – und dies wird insbesondere in philologischen Kreisen auch getan – ob die Charta für einen Fall wie den der russischen Sprache in der Ukraine überhaupt geeignet ist, da es sich nicht um eine »allmählich zu verschwinden drohende [...] Regional- oder Minderheitensprache« handele, wie in der Präambel der Charta formuliert ist.

Ein weiterer Grund für die Notwendigkeit des neuen Gesetzes ist für die Initiatoren die Unvollkommenheit der geltenden Rechtslage in der Ukraine, wobei sie allgemein eine Reihe zwischen 2005 bis 2009 (also in der Ära Juschtschenko) ergangener untergesetzlicher Akte und speziell die Einführung obligatorischer Tests der Kenntnisse der ukrainischen Sprache für Schulabgänger mittlerer Schulen und für die Aufnahme in höhere Schulen anführen. In der Lesart der Gesetzesinitiatoren handelte es sich dabei um Maßnahmen, »die auf eine künstliche Diskriminierung und die Verdrängung aller anderen Sprachen außer der ukrainischen aus dem gesellschaftlichen Leben gerichtet« waren.

Anders als der Name des Gesetzes nahelegt, werden nicht nur Grundlagen der Sprachenpolitik geregelt. Vielmehr enthält es in den Abschnitten II. bis VI. in 21 einzelnen Artikeln eine Reihe von Detailfragen bspw. zur Namensschreibweise, zu Sprachen in Massenmedien und Druckerzeugnissen, in Kultur, Wissenschaft und Informatik, in Bildung, im Wahlkampf und bei Wahlen, zum Dokumentenverkehr sowie zur Verwendung von Sprachen in Behörden und Instanzen verschiedener staatlicher Ebenen.

Zweifel an den eigentlichen Motiven der Initiatoren nährt bereits der Gesetzestext: So fällt bspw. auf, dass in Art. 7 Russisch an erster Stelle, vor der alphabetischen Aufzählung der weiteren Sprachen genannt wird. Auch

sonst wird Russisch mehrfach im Text explizit benannt, was die Vermutung nahelegt, die Initiatoren haben bei der Ausarbeitung in erster Linie die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine vor Augen gehabt.

Ein wunder Punkt für viele Ukrainophile ist die Frage der Sprache im Bildungssektor. Das Gesetz sieht beispielsweise in Art. 20 Abs. 7, 8 vor, dass in Gebieten mit regionalen Sprachen der Stundenumfang, mit dem diese regionalen Sprachen in staatlichen Schulen Unterrichtssprache sein sollen, von den örtlichen Gebietskörperschaften bestimmt werden sollte (Ausnahme ist nur Unterricht in ukrainischer Sprache und Literatur). Vor dem Hintergrund der realen Dominanz des Russischen in östlichen und südlichen Landesteilen kann auf diese Weise eine sprachliche Trennung verfestigt werden. Je nachdem, wie diese Vorschriften umgesetzt werden, kann ein tatsächlicher Widerspruch zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen entstehen. Die Charta geht nämlich von »der Erwägung [aus], dass der Schutz und die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen sich nicht nachteilig auf die Amtssprachen und die Notwendigkeit, sie zu erlernen, auswirken sollte«.

Zu kritisieren am Gesetz sind auch gewisse Unklarheiten in Bezug auf die Beschlussfassung. Nach dem Gesetzestext sind die örtlichen Räte für die Beschlüsse zuständig, z. B. auch für die Klärung der Frage, ob Maßnahmen nach diesem Gesetz auch für eine Sprache, deren Sprecher in einem Territorium weniger als 10 % der Bevölkerung ausmachen, Anwendung finden können (Art. 7 Abs. 3). Unklar hierbei bleibt, welche genaue Ebene letztlich die Entscheidungsgewalt hat. Auch ist der Begriff des Territoriums bzw. einer Region nicht hinreichend klar abgegrenzt.

Die Regelungen des Gesetzes, nach denen sich Bürger an Verwaltungs- oder Justizbehörden in ihrer Muttersprache wenden können, sind nachvollziehbar. Hingegen verwundert die Vorschrift in Art. 10 Abs. 2, nach der sich auch örtliche Behörden aus Gebieten, in denen regionale Sprachen gesprochen werden, in ihrem Schriftwechsel mit höchsten Staatsorganen nicht der Staatssprache, sondern der betreffenden regionalen Sprache bedienen können. Es scheint, dass hier über den eigentlichen Schutzzweck des Gesetzes hinausgegangen wird.

Realitätsfern muss im Übrigen der die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes auf den Staatshaushalt sowie die kommunalen Haushalte betreffende Abschnitt der Gesetzesbegründung genannt werden. Die Initiatoren gingen davon aus, dass durch Inkrafttreten des neuen Gesetzes keine zusätzlichen Kosten entstünden. Man muss nicht einmal soweit gehen, Art. 10 Abs. 1, nach welchem die Akte höchster Staatsorgane auf Ukrai-

nisch getroffen und »offiziell in der Staatssprache und auf Russisch und anderen Regional- und Minderheitensprachen publiziert« werden, so auszulegen, dass diese Akte schlicht in alle in Art. 7 Abs. 2 genannten 18 Sprachen übersetzt werden müssen (eine solche Auslegung wäre nach dem Wortlaut des Gesetzes möglich). Selbst wenn man (theoretische Minimalvariante) davon ausgeht, dass nur eine Sprache (Russisch) den Status einer Regionalsprache erlangt (wenn also nur die Sprachen gemeint sind, die das 10%-Kriterium erfüllen und entsprechende Bestätigung durch die Munizipalität auf regionaler Ebene erfahren), wäre bereits allein dieser Mehraufwand finanziell und organisatorisch erheblich.

Fazit

Das am 10. August 2012 in Kraft getretene neue ukrainische Sprachengesetz »Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik« löst das »Gesetz der Ukrainischen Sowjetrepublik »Über die Sprachen« ab. Während das aus der Sowjetzeit stammende Sprachengesetz unter Wahrung der Rechte von Minderheiten und nicht-ukrainischer Nationalitäten in erster Linie den Status des Ukrainischen aufwertete und förderte, privilegiert das neue Sprachengesetz mit Verweis auf die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in zahlreichen Gebieten der Ost- und Südukraine de facto v. a. die russische Sprache, ohne dass dies im Gesetz solchermaßen klar ausgesprochen wird. Das ist wohl auch den politischen Kräften und weiten Teilen der Bevölkerung – und damit der Wählerschaft – bewusst. In immer mehr Munizipalitäten wird unter Anwendung des neuen Sprachengesetzes in jüngster Zeit Russisch zur Regionalsprache erhoben. Deren Verwendung ist in allen öffentlichen Bereichen uneingeschränkt möglich.

In sprachlicher Hinsicht bringt die Novelle eine gesetzliche Zementierung des Nebeneinanders des Russischen und des Ukrainischen; einer Entwicklung, die einerseits den faktischen Gegebenheiten entspricht und andererseits die sprachliche Segregation in der Ukraine fördert. Inwiefern das neue Sprachengesetz auch eine Eindämmung oder gar Zurückdrängung des Ukrainischen zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Anzeichen hierfür lassen sich bisher nicht erkennen. Doch eines ist klar: Als integrations- und identifikationsstiftender Faktor im Nationsbildungsprozess hat die ukrainische Sprache in jedem Fall an Bedeutung verloren.

Die von der Opposition eingerichtete »Fan-Zone der ukrainischen Sprache«, die in sprachlicher und örtlicher Anlehnung an die im Juni 2012 an gleichem Ort befindliche Fan-Zone für in- und ausländische Fußballfans anknüpft, befindet sich derzeit auf dem Prospekt der Freiheit in Lwiw. Sie ist allerdings nach Beobachtung der Autoren eher mäßig besucht und wird wohl spätes-

tens nach den Parlamentswahlen Ende des kommenden Monats rasch wieder verschwinden. Damit ist auch die

Hoffnung verbunden, dass sich die politischen Kräfte wieder dringenderen Problemen zuwenden werden.

Über die Autoren:

Dr. Matthias Guttke ist DAAD-Lektor an der Nationalen Ivan-Franko-Universität Lwiw. Hartmut Rank ist Rechtsanwalt und CIM-Berater des Präsidenten der IHK in Lwiw.

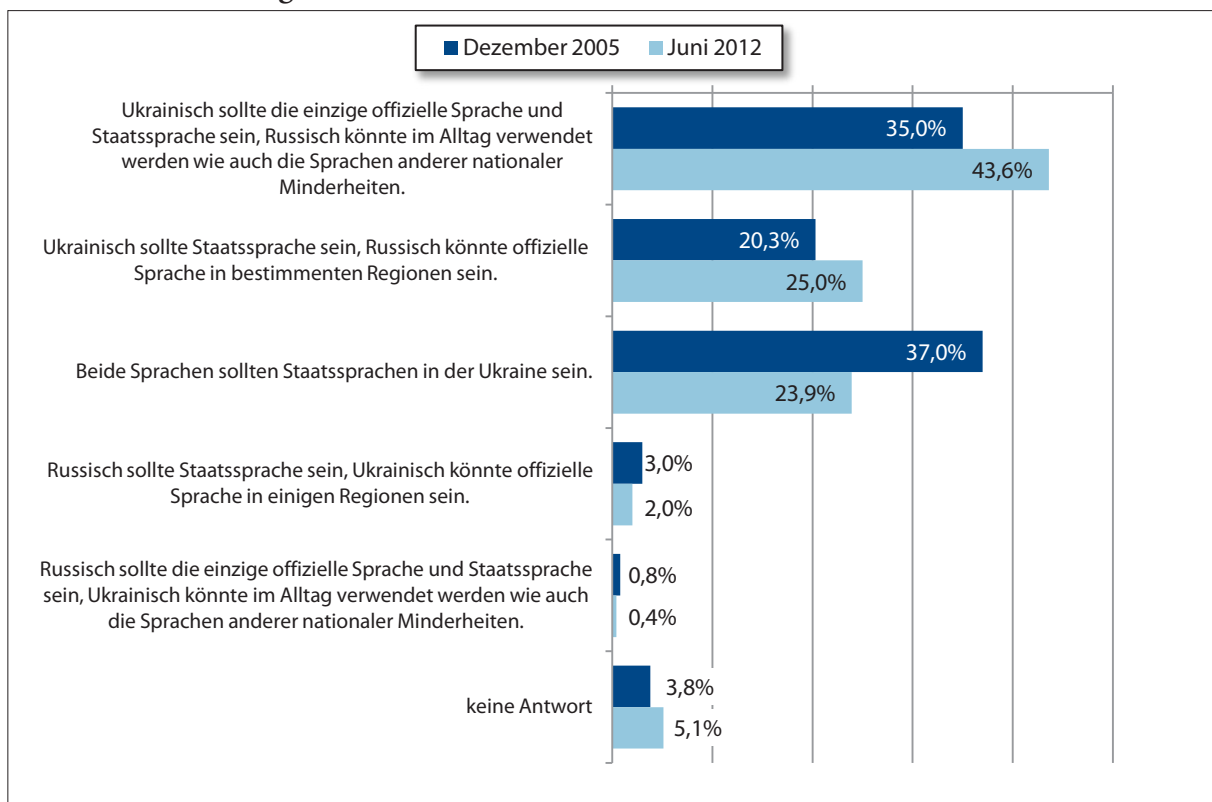
Lesetipp:

- Gesetz »Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik«, <http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/5029-17>
- Besters-Dilger, J.: Nation und Sprache seit 1991: Ukrainisch und Russisch im Sprachkonflikt, in: Kappeler, A. (Hg.): Die Ukraine: Prozesse der Nationsbildung, Wien 2011, S. 375–388.
- Simon, G.: Ukrainisch – Russisch: Sprachen, Sprachgebrauch, Sprachenkonflikte in der Ukraine, Ukraine-Analysen Nr. 19/2007, S. 7– 11, <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../ukraine/pdf/UkraineAnalysen19.pdf>.

GRAFIKEN ZUM TEXT

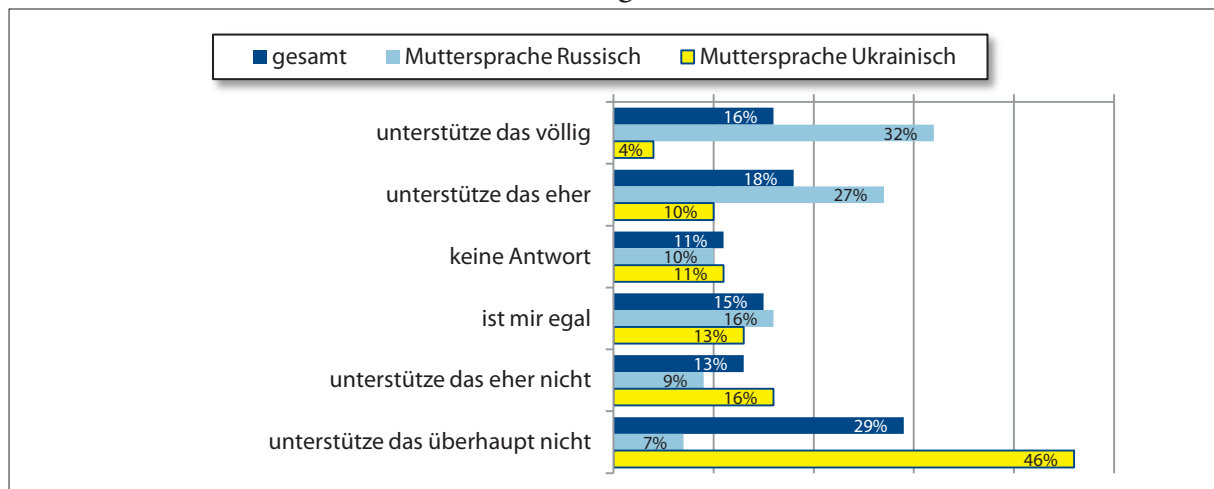
Umfragen zur Sprache

Grafik 1: Welche Form der Koexistenz sollte es in der Ukraine für das Ukrainische und das Russische geben?



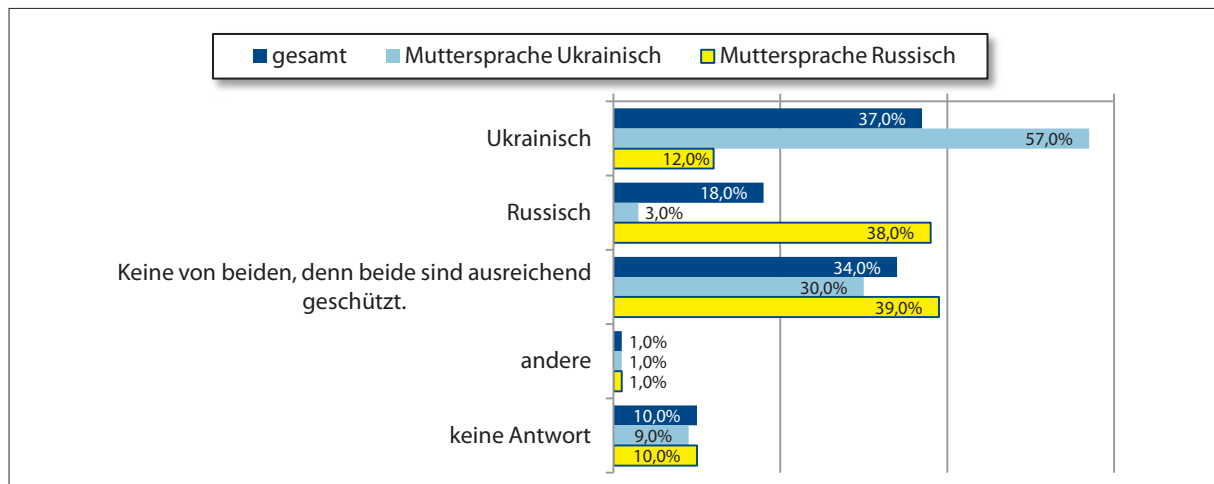
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Instituts, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=289

Grafik 2: Am 3. Juli 2012 verabschiedete das Parlament das Gesetz »Über die Grundlagen der staatlichen Sprachpolitik«, demzufolge der offizielle Gebrauch von Regionalsprachen beim Kontakt mit lokalen Organen eingeführt wird, wenn die Sprecher dieser Sprache mindestens 10 % der Bevölkerung dieses Gebietes ausmachen.



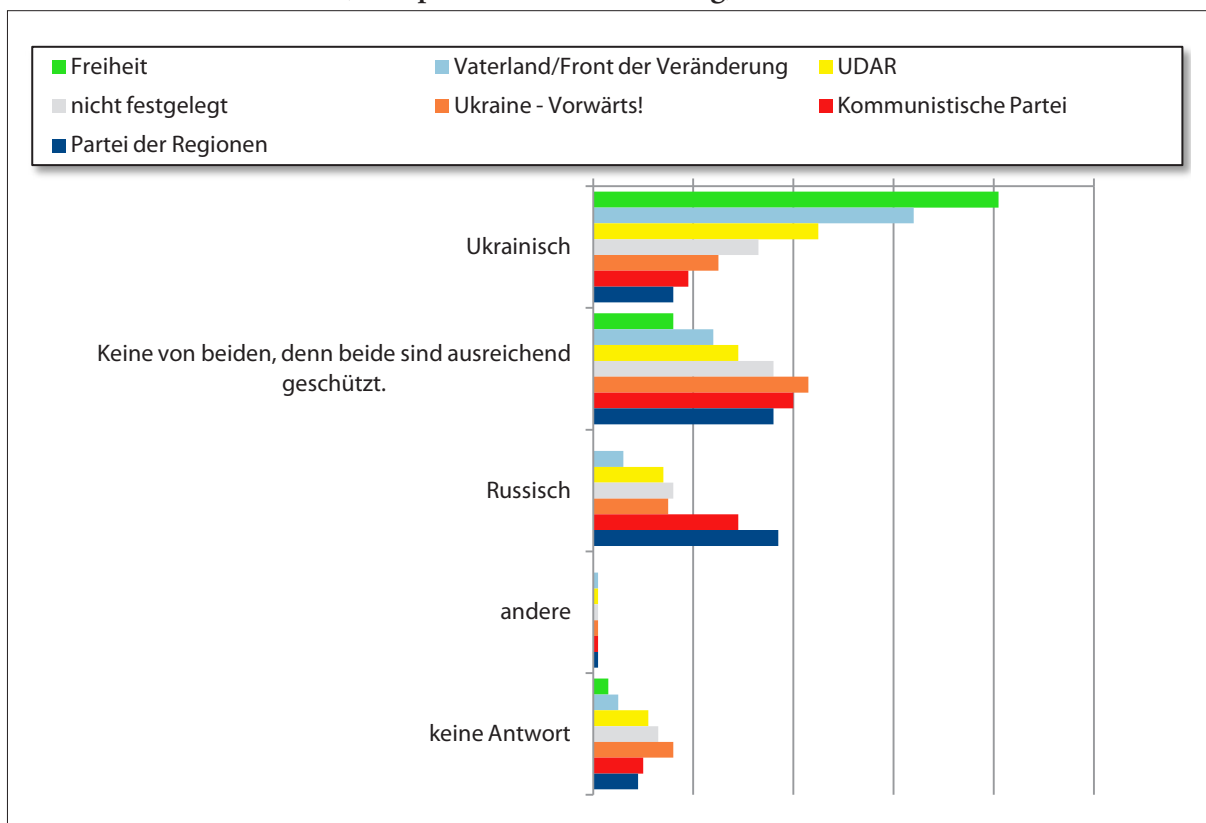
Quelle: repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating vom 14. bis 27.7.2012,
<http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14010/>

Grafik 3a: Welche Sprache braucht in der Ukraine mehr Schutz auf Gesetzesebene: Ukrainisch oder Russisch?



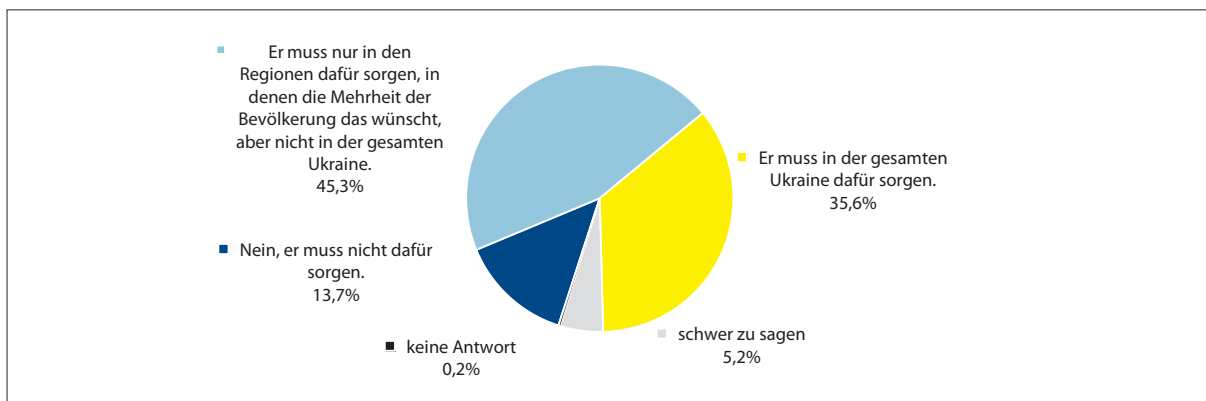
Quelle: repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating vom 14. bis 27.7.2012,
<http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14010/>

Grafik 3b: Welche Sprache braucht in der Ukraine mehr Schutz auf Gesetzesebene: Ukrainisch oder Russisch? (nach politischer Orientierung)

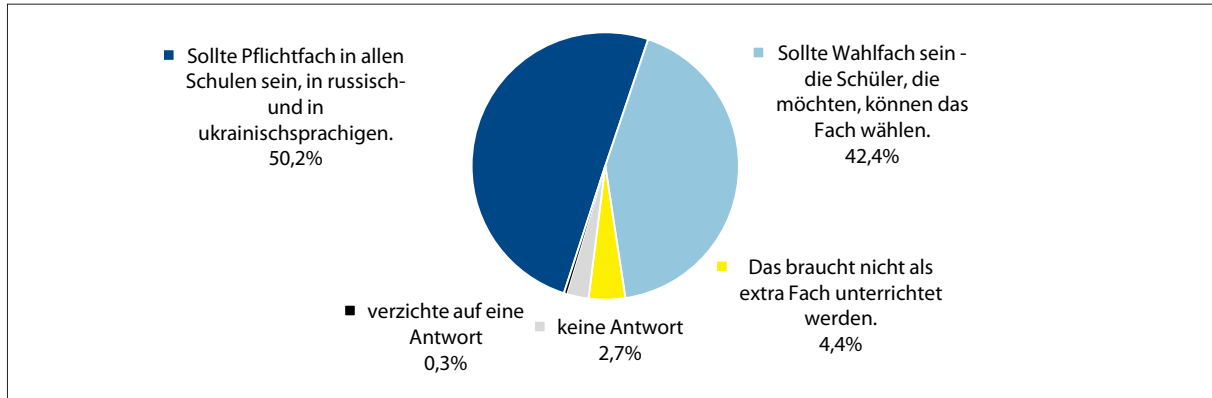


Quelle: repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating vom 14. bis 27.7.2012, <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/14010/>

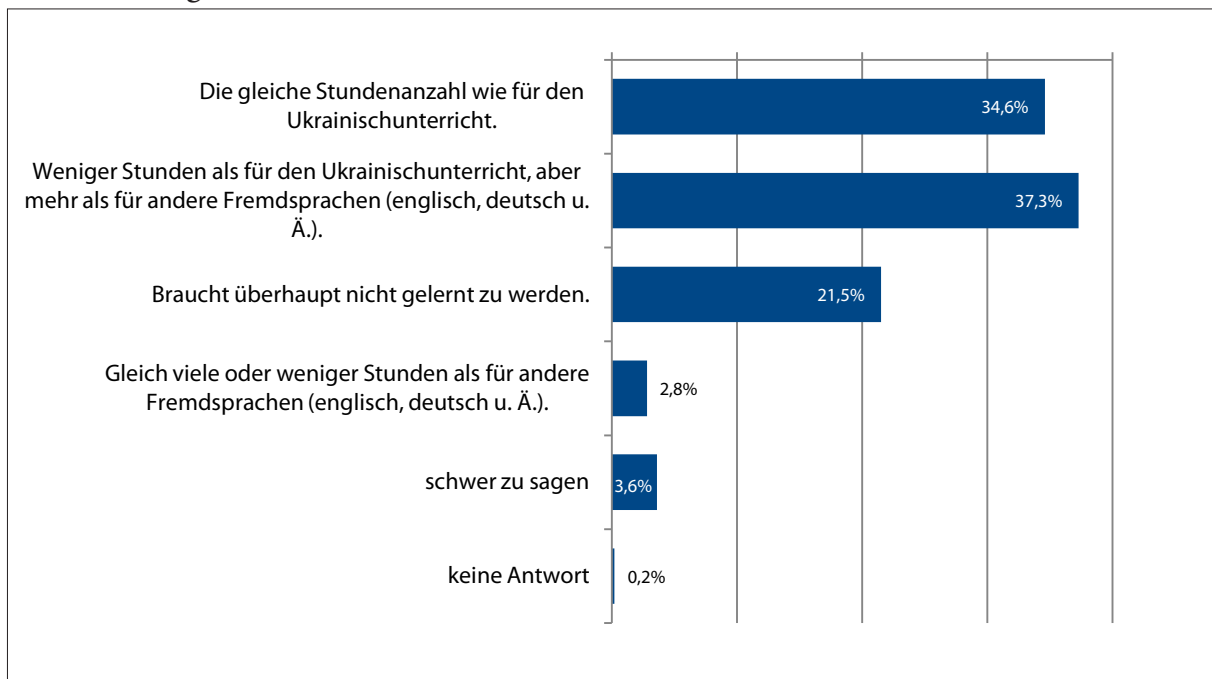
Grafik 4: Sollte der Staat dafür sorgen, dass russischsprachige Bürger der Ukraine die Möglichkeit haben, ihren Kindern eine russischsprachige Schulbildung zukommen zu lassen?



Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 23.5. bis 1.6.2012, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-179.html>

Grafik 5: Sollten russische Sprache und Literatur extra unterrichtet werden?

Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 23.5. bis 1.6.2012, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-179.html>

Grafik 6: Dem Russischunterricht sollte in ukrainischsprachigen Schulen folgende Bedeutung beigemessen werden:

Quelle: repräsentative Umfrage des KIIS vom 23.5. bis 1.6.2012, <http://kiis.com.ua/ua/news/view-179.html>

Vom 13. Juni bis 11. September 2012

13.6.2012	Jewgenija Tymoschenko, die Tochter der in Charkiw inhaftierten Oppositionspolitikerin Julija Tymoschenko, trifft sich in Wiesbaden mit den deutschen Justizministern. Die deutschen Grünen-Europaparlamentarier Rebecca Harms und Werner Schulz zeigen beim EM-Spiel Holland gegen Deutschland in Charkiw Plakate mit den Aufschriften »Release all political prisoners« und »Fairplay in football and politics«. Am Folgetag besuchen sie Tymoschenko im Haftkrankenhaus und werden von Ministerpräsident Mykola Asarow zu einem Gespräch geladen.
13.6.2012	Präsident Wiktor Janukowytsch lädt Wahlbeobachter der OSZE zu den Parlamentswahlen am 28.10.2012 ein.
13.6.2012	Eine Charkiwer Menschenrechtsgruppe veröffentlicht einen Hate-Crime-Bericht, der als vorrangige Opfer dieser Gewalt nicht-slawisch aussehende Menschen und LGBT-Aktivisten nennt. Auf der Krim sei die aggressive Xenophobie am stärksten ausgeprägt, insbesondere gegen Tataren.
13.6.2012	Die EU erweitert das Mandat für den früheren polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski und den ehemaligen irischen EU-Parlamentspräsidenten Pat Cox. Neben dem Prozess gegen die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko sollen sie auch die Situation um den ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko und den ehemaligen Verteidigungsminister Walerij Iwaschtschenko sowie die Vorbereitungen auf die Parlamentswahl verfolgen. Präsident Wiktor Janukowytsch und Ministerpräsident Mykola Asarow haben der Mandatserweiterung bereits zugestimmt.
14.6.2012	EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle erklärt, dass die EU das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine unterzeichnen wolle, man dafür aber konkrete Schritte von der ukrainischen Seite erwarte, nicht nur Worte.
14.6.2012	Das Außenministerium veröffentlicht ein Interview der italienischen Tageszeitung Corriere della Sera mit Außenminister Konstjantyn Hryschtschenko, in dem dieser die EU und Deutschland beschuldigt, Julija Tymoschenko zur Unterzeichnung des Gasvertrages mit Russland im Jahr 2009 gedrängt zu haben, weshalb sie dann später zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt worden sei.
15.6.2012	Das Komitee gegen die Diktatur schließt die Partei Unsere Ukraine von Wiktor Juschtschenko wegen systematischer Kooperation mit dem Regime Janukowytsch aus seinen Reihen aus.
17.6.2012	Dem EU-Botschafter in der Ukraine, José Manuel Pinto Teixeira, gelingt es trotz mehrmaliger Versuche nicht, die Erlaubnis für einen Besuch bei der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko zu erhalten. Auch sein letztes Gesuch wird abgewiesen, weil er sein Amt eigentlich schon nicht mehr bekleide. Er selbst sagt, er werde noch bis September im Amt sein.
19.6.2012	Der Vorsitzende der ukrainischen Volkspartei, Jurij Kostenko, sagt, dass er schon seit mehr als einem Jahr Gespräche mit dem Vorsitzenden von Unsere Ukraine, Wiktor Juschtschenko, zur Aufstellung einer gemeinsamen Wahlliste für die Parlamentswahl 2012 führt. Auch der Kongress der Ukrainischen Nationalisten werde sich an dieser Liste beteiligen.
20.6.2012	Die Partei Bürgerposition schließt sich der Vereinigten Opposition an. Dieser gehören die Parteien Vaterland, Front der Veränderung und vier kleinere Parteien an.
20.6.2012	Die verfassungsgebende Versammlung beim Präsidenten Wiktor Janukowytsch nimmt ihre Arbeit auf, allerdings nehmen die Vertreter der Opposition nicht daran teil, weil sie die Legitimität des Organs nicht anerkennen.
21.6.2012	Das Parlament verabschiedet unerwartet eine Bodenreform. Über Verkauf und Nutzung von landwirtschaftlichen Flächen wird nun eine Staatliche Bodenagentur entscheiden und nicht mehr die lokale Verwaltung.
22.6.2012	Pawel Klymkin wird zum neuen Botschafter der Ukraine in Deutschland ernannt. Bisher arbeitete er als Stellvertretender Außenminister. Seine Vorgängerin Natalja Sarudno war Ende 2011 aus dem Amt geschieden.
22.6.2012	Mehrere antifaschistische Organisationen gründen eine Koalition unter dem Namen »Ukraine ohne Nazismus«, um dem Stimmengewinn rechtsradikaler Parteien bei den Parlamentswahlen im Oktober vorzubeugen.
25.6.2012	Das Kiewer Bezirksgericht in Charkiw weist die Erstellung eines Gesundheitsgutachtens der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko an, um festzustellen, ob sie an den Gerichtsverhandlungen teilnehmen kann. Die Verhandlung wegen Steuerhinterziehung wird auf den 10.7.2012 verlegt. Die Berufungsverhandlung zu ihrer siebenjährigen Haftstrafe verschiebt das Oberste Spezialgericht für Zivil- und Strafrechtsfragen in Kiew auf den 12.7.2012. Der frühere polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski und der ehemalige irische EU-Parlamentspräsident Pat Cox besuchen die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko im Gefängnis in Charkiw.
3.7.2012	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die Ukraine wegen der politisch motivierten Inhaftierung des Oppositionspolitikers und ehemaligen Innenministers Jurij Luzenko. Die Verhaftung Luzenkos am 26.12.2010 sei »willkürlich« gewesen, weshalb ihm 15.000 Euro Entschädigung zustünden.

3.7.2012	Das Parlament stimmt mit 248 Abgeordneten für das neue Sprachgesetz, das die Aufwertung der Minderheitensprachen in Gebieten, in denen deren Sprecher mehr als 10 % ausmachen, vorsieht. Dies würde in 13 von 27 Regionen auf die russische Sprache zutreffen. Bei einer ersten Abstimmung am 24.5.2012 war es zu einem Handgemenge gekommen. Etwa 700 Menschen demonstrieren in Kiew gegen die Verabschiedung des Gesetzes, in Lwiw werden 20 Zelte als Protestbasis aufgebaut.
4.7.2012	Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn erklärt, das Sprachgesetz unter keinen Umständen zu unterschreiben, weil es bei der Abstimmung zu mehreren Verletzungen des Parlamentsreglements gekommen sei. Während der Abstimmung sei er nicht im Sitzungssaal gewesen. Er und sein Stellvertreter Mykola Tomenko beantragen aus diesem Grund ihren Rücktritt. Lytwyn müsste das neue Sprachgesetz allerdings unterschreiben, bevor es dem Präsidenten vorgelegt werden kann. Des Weiteren wird das Parlamentsreglement rasant geändert: Nun bedarf es nicht mehr 300 Stimmen in geheimer Wahl, um über den Verbleib oder die Absetzung des Parlamentspräsidenten abzustimmen, sondern nur noch der einfachen Mehrheit über elektronische Stimmkarten. Das Verfassungsgericht segnet die Neuregelung am 11.7.2012 ab. In Kiew und anderen Städten demonstrieren Menschen gegen das neue Sprachgesetz und es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei. Einige Demonstranten treten in den Hungerstreik. Tags darauf ziehen fünf Abgeordnete ihre Stimmabgabe zurück, da sie zur Zeit der Abstimmung nicht im Parlament gewesen seien. Am Folgetag ziehen sechs weitere Abgeordnete ihre Stimme zurück.
5.7.2012	Das Parlament verabschiedet mit 259 Stimmen ein Gesetz, das die Ausstattung aller Wahlbüros mit Videokameras sowie die online-Übertragung der Aufnahmen vorsieht.
6.7.2012	Das Parlament weigert sich, die Entlassung des Parlamentspräsidenten Wolodymyr Lytwyn auf die Tagesordnung zu setzen und verabschiedet sich in die Sommerpause.
11.7.2012	Das Verfassungsgericht befindet ein Gesetzesvorhaben der Opposition zur Aufhebung der Immunität von Präsident und Richtern für verfassungswidrig, die Aufhebung derselben bei Abgeordneten sei aber verfassungskonform.
12.7.2012	Der Kiewer Stadtrat entlässt den Bürgermeister Leonid Tschernowezkyj auf dessen Wunsch. Tschernowezkyj hatte den Posten im Jahr 2006 angenommen, war in letzter Zeit aber nur noch selten an seinem Arbeitsplatz.
13.7.2012	Der russische Präsident Wladimir Putin verspätet sich zu einem Besuch bei seinem Amtskollegen Wiktor Janukowytsch um vier Stunden. Die Präsidenten einigen sich auf die Grenzziehung zwischen ihren Ländern in der Straße von Kertsch und unterstellen die Insel Tusla der Hoheit der Ukraine, unterschreiben aber den ausgehandelten Vertrag nicht. Beide Seiten sollen Zugang zu möglichen Bodenschätzen in der Meerenge haben. Außerdem erklärt Putin, derzeit keine Möglichkeit für eine Überarbeitung der Gasverträge zu sehen.
17.7.2012	Das Außenministerium gibt bekannt, dass die Visa für die Slowakei und Litauen für Ukrainer nicht mehr kostenpflichtig sind.
18.7.2012	Das Internetmagazin LB.ua unterbricht seine Arbeit aus Protest gegen die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens wegen Verletzung des Briefgeheimnisses. Konkret geht es um die Veröffentlichung von Fotos von SMS, die der Abgeordnete der Partei der Regionen Wolodymyr Landik aus dem Parlament verschickt hat. Dieser hatte seine Klage jedoch zurückgezogen. Tags darauf demonstrieren rund einhundert Journalisten und Aktivisten dafür, die Verfahren zu beenden und Präsident Wiktor Janukowytsch kündigt an, die Rechtmäßigkeit der Verfahren überprüfen zu lassen. Am 3.8.2012 gibt die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens bekannt.
19.7.2012	Der Vertrag über die Freihandelszone zwischen der Ukraine und der EU wird paraphiert.
20.7.2012	Nachdem die Steuerbehörden gegen den Direktor des Senders TVi, Mykola Knjaschyzkyj, wegen Steuerhinterziehung ermittelt haben, wird der Sender von einem Provider aus dem Kabelnetz von elf Städten ausgeschlossen.
21.7.2012	Ca. 1.000 Krimtataren demonstrieren vor dem Krimtatarischen Theater in Simferopol gegen den Vorsitzenden der Mejlis (dem Exekutivorgan des Parlaments der Krimtataren) Mustafa Dschemilew und seine Bereitschaft, mit der Opposition in Kiew zusammenzuarbeiten. Auch befürworten die Demonstranten die Annahme des neuen Sprachgesetzes.
23.7.2012	Die Eröffnung der Verhandlung zum Vorwurf der Steuerhinterziehung gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko wird um eine Woche verschoben, weil die Angeklagte zu krank sei. Anhänger und Gegner Tymoschenkos versammeln sich vor dem Gerichtsgebäude, jeweils ca. 1.000 Menschen.
23.7.2012	Die NGO Tschesno (ehrlich) erregt Aufsehen mit einer Studie zur Ehrbarkeit der Abgeordneten. 446 von 449 Abgeordneten seien nicht ehrbar heißt es darin. Gemessen wird dies u. a. an der Verletzung der Menschenrechte, Übereinstimmung der deklarierten finanziellen Mittel mit dem Lebensstil, Unveränderlichkeit der politischen Positionierung, persönlichen Stimmabgabe im Parlament, Verstrickung in Korruption und Teilnahme an Parlamentssitzungen.

24.7.2012	Das Freihandelsabkommen mit der GUS wird dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt. Bisher ist es nur von Russland und Belarus ratifiziert worden.
25.7.2012	Das vereinfachte Visaverfahren der EU gegenüber der Ukraine wird auf vier weitere Personengruppen ausgeweitet: Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen, Teilnehmer an internationalen Foren (Seminare, Ausstellungen, usw.), Vertreter von Religionsgemeinschaften sowie Teilnehmer der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit innerhalb der EU-Programme.
26.7.2012	Die Vereinigte Opposition Vaterland und die Partei Freiheit einigen sich auf eine gemeinsame Kandidatenliste für die Mehrheitswahlkreise bei der Parlamentswahl.
27.7.2012	Nach Angaben der Regierung ist die medizinische Behandlung der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko beendet. Die Behandlung des Bandscheibenvorfalles sei erfolgreich abgeschlossen worden. Kurz darauf erklärt der Chef der Berliner Universitätsklinik Charité, Karl Max Einhäupl, dass er Tymoschenko nicht für verhandlungsfähig halte und wirft den Behörden eine Verzögerung der Behandlung vor.
28.7.2012	Der Kapitän der ukrainischen Fußball-Nationalmannschaft Andrij Schewtschenko gibt bekannt, bei den Parlamentswahlen für die Partei Ukraine-Vorwärts antreten zu wollen.
30.7.2012	Nachfolger des vom Amt des Vorsitzenden des politischen Rates der Partei Unsere Ukraine zurückgetretenen Walentyn Naliwajtschenko wird Serhij Bondartschuk.
30.7.2012	Die inhaftierte ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko wird von der Opposition zur Spitzenkandidatin für die Parlamentswahl im Oktober gekürt, allerdings dürfen Inhaftierte in der Ukraine nicht kandidieren. Auf Platz fünf findet sich der inhaftierte ehemalige Innenminister Jurij Luzenko.
30.7.2012	Auf einer außerordentlichen Parlaments Sitzung spricht sich die Mehrheit der Abgeordneten gegen den Rücktritt des Parlamentspräsidenten Wolodymyr Lytwyn aus – 266 Abgeordnete sprechen ihm das Vertrauen aus. Am Tag darauf unterschreibt er überraschend das neue Sprachgesetz.
4.8.2012	Auf dem Flughafen von Neapel wird Mykola Melnytschenko festgenommen, gegen den in der Ukraine wegen Landesverrats ermittelt wird. Er hatte im Jahr 2000 im Arbeitszimmer des damaligen Präsidenten Leonid Kutschma Tonaufnahmen gemacht, die Kutschmas Verstrickung in die Ermordung des Journalisten Gongadse nahelegen.
8.8.2012	Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und der ehemalige Innenminister Jurij Luzenko werden von der Zentralen Wahlkommission nicht als Kandidaten zu den Parlamentswahlen zugelassen, weil sie ihre Freiheitsstrafen noch nicht verbüßt haben. Am 11.8.2012 lehnt das Kiewer Berufungsgericht eine Klage von Abgeordneten der Partei Vaterland gegen den Ausschluss ab.
8.8.2012	Präsident Wiktor Janukowytsch unterschreibt das umstrittene Sprachgesetz, demzufolge Minderheitensprachen in der Ukraine eine weitere Verbreitung bekommen und ordnet die Gründung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von Gesellschaft, Bildung, Wissenschaft und Kunst an, die Vorschläge zur Vervollkommnung des Gesetzes ausarbeiten soll.
14.8.2012	Der ehemalige Verteidigungsminister der Regierung Tymoschenko Walerij Iwaschtschenko wird vom Berufungsgericht in Kiew aus dem Gefängnis entlassen. Am 12.4.2012 war er vom Petschersker Bezirksgericht in Kiew zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, weil er sein Amt beim Verkauf einer Schiffsbauanlage im Jahr 2009 missbraucht habe. Nun wird das Strafmaß auf ein Jahr auf Bewährung festgesetzt.
17.8.2012	Der ehemalige Innenminister Jurij Luzenko wird abermals verurteilt. Diesmal wegen unrechtmäßiger Ermittlungen gegen den Fahrer des ehemaligen ersten Stellvertretenden Geheimdienstchefs Wolodymyr Sajzuka Walentyn Dawydenko. Die verhängte zweijährige Haftstrafe wirkt sich allerdings nicht auf die Gesamthaftzeit aus (vier Jahre).
20.8.2012	Seit Inkrafttreten des neuen Sprachgesetzes haben die Regionalräte von Odessa, Dnipropetrowsk, Luhansk, Saporishshja, Donezk und Cherson sowie die Stadträte von Odessa, Sewastopol und Charkiw Russisch zur Regionalsprache erhoben.
25.8.2012	In Sotschi besprechen die Präsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Wiktor Janukowytsch, die beiderseitigen Beziehungen nach dem Beitritt Russlands zur WTO sowie die Zusammenarbeit auf den asiatischen Märkten.
28.8.2012	Das Verfassungsgericht erklärt einen Gesetzesentwurf zur Einschränkung der Immunität von Parlamentariern für verfassungskonform.
29.8.2012	Das Oberste Spezialgericht für Zivil- und Strafrechtsfragen in Kiew bestätigt das ursprüngliche Urteil gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko wegen Amtsmissbrauchs. Ihre Anwälte wollen alsbald gegen die Haftbedingungen sowie die siebenjährige Haftstrafe klagen.

29.8.2012	Die von Präsident Wiktor Janukowytsch ins Leben gerufene Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Sprachgesetzes stellt einen Vorschlag vor, der für Minderheitensprachen nicht den Status der Regionalsprachen vorsieht und lediglich besondere Schutzmaßnahmen für Sprachen ermöglicht, die von 30 % der Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet gesprochen werden.
30.8.2012	Das Kiewer Berufungs-Verwaltungsgericht weist die Klage der Parteien Freiheit und UDAR gegen eine Entscheidung der Zentralen Wahlkommission ab. Diese hatte keinem Vertreter der beiden Parteien einen Platz in den Wahlkreiskommissionen zugesprochen. Die Vertreter werden laut Wahlgesetz per Losverfahren ausgewählt.
30.8.2012	Der Kabelnetzbetreiber Wolja gibt bekannt, dass der Sender TVi ab 5.9.2012 nicht mehr zum Basispaket des Anbieters gehören wird. Der Kanal befürchtet dadurch zwei Drittel seiner Zuschauer zu verlieren. Der Leiter des Senders, Mykola Knjaschyzkyj, tritt für die Vereinigte Opposition bei den Parlamentswahlen an.
30.8.2012	Präsident Wiktor Janukowytsch gratuliert seinem belarussischen Amtskollegen Aljaksandr Lukaschenka zum Geburtstag.
3.9.2012	Während einer Rede des Präsidenten Wiktor Janukowytsch zum internationalen Zeitungskongress in Kiew halten Journalisten Plakate in die Höhe, auf denen sie die Unfreiheit der Presse anprangern.
5.9.2012	Beim Wirtschaftsgericht in Kiew wird eine Klage des russischen Verteidigungsministeriums gegen die ukrainische Regierung angenommen. Die russische Seite fordert die Rückzahlung von Schulden in Höhe von ca. 400 Mio. US-Dollar, die das Unternehmen Vereinigte Energiesysteme gemacht hat. Dieses Unternehmen war von 1995 bis 1997 von Julija Tymoschenko geleitet worden und sie soll diese Schulden unrechtmäßigerweise auf den ukrainischen Staat übertragen haben.
10.9.2012	Jan Tombiński wird neuer EU-Botschafter in der Ukraine. Er folgt damit José Manuel Pinto Teixeira, der dieses Amt vier Jahre lang ausübte.
11.9.2012	Zum wiederholten Male verweigert die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko die Teilnahme an der Gerichtsverhandlung zu den Vorgängen um das Unternehmen Vereinigte Energiesysteme aus gesundheitlichen Gründen. Die Sitzung wird auf Mitte Oktober verschoben.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de